

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, I. STOCK, TÜR 309 b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 19. Juni 1964

Blatt 1630

Wien vor 100 Jahren - geschaut im Porträt eines großen Bürgermeisters

Cajetan Felder-Ausstellung des Archivs der Stadt Wien

19. Juni (RK) Aus Anlaß des 150. Geburtstages von Bürgermeister Dr. Cajetan Felder veranstaltet das Archiv der Stadt Wien vom 22. Juni bis 24. Juli im Ausstellungsraum, 8, Friedrich Schmidt-Platz 5, eine Ausstellung über die Blütezeit Wiens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Diese Blütezeit wird in der Persönlichkeit von Bürgermeister Dr. Cajetan Felder illustriert. Felder war als markantester Bürgermeister der liberalen Ära von 1868 bis 1878 im Amt. Seine vielseitige Persönlichkeit verband naturwissenschaftliche Leistungen, Beherrschung von zwölf Sprachen, und die Reisetätigkeit eines Globetrotters mit großem kommunalpolitischem Geschick. Die Donauregulierung und die erste Hochquellenwasserleitung gehen auf ihn zurück und es ist Felder zu verdanken, daß das Wiener Rathaus auf seinem heutigen Platz steht.

Als einziger Bürgermeister dieser Epoche hat Dr. Felder sehr umfangreiche Lebenserinnerungen hinterlassen. Sie umfassen 12.000 handgeschriebene Seiten und sind im Besitz des Stadtarchivs. Diese Lebenserinnerungen bilden auch eine Grundlage der Ausstellung.

Die Exposition umfaßt persönliche Dokumente aus der Familie und dem Leben von Dr. Felder, sowie Bilder, Pläne, Dokumente und Fotos, die sich auf die Kommunalentwicklung jener Zeit beziehen. Die sehenswerte Ausstellung ist montags bis freitags von 10 bis 18 Uhr bei freiem Eintritt zugänglich.

Geehrte Redaktion!

Am Montag, dem 22. Juni, wird Bürgermeister Jonas um 11 Uhr am Friedrich Schmidt-Platz 5 die Ausstellung eröffnen. Sie sind herzlich eingeladen, dazu Berichterstatter zu entsenden.

- - -

Bertha von Suttner zum Gedenken
=====

19. Juni (RK) Auf den 21. Juni fällt der 50. Todestag der Trägerin des Friedensnobelpreises Bertha von Suttner.

Sie wurde am 9. Juni 1843 in Prag als Tochter des Feldmarschall-Leutnants Franz Josef Graf Kinsky geboren und verbrachte eine sorglose Kindheit und Jugend. Später entschloß sie sich, ihren Lebensunterhalt völlig unstandesgemäß selbst zu verdienen und trat 1873 im Hause des Barons Suttner die Stelle einer Gouvernante an. Zwischen dessen Sohn und ihr entwickelte sich eine tiefe Zuneigung, doch erschien eine Verbindung zunächst unmöglich. Bertha von Suttner gab ihre Stellung auf und lernte 1876 in Paris Alfred Nobel kennen, der sie als Sekretärin engagierte. In der Folge heirateten die beiden Liebenden in Wien und verbrachten im Kaukasus neun Jahre. Ihren Lebensunterhalt verdienten sie durch Stundengeben und als Berichterstatter deutschsprachiger Zeitungen. 1885 kehrte das Ehepaar nach Österreich zurück und lebte auf Schloß Harmannsdorf. Beide waren durch ihre schriftstellerische Tätigkeit bereits bekannt geworden. Bertha von Suttner war mit Alfred Nobel weiter in brieflicher Verbindung gestanden und wurde von ihm 1887 mit ihrem Gatten nach Paris eingeladen. Dort erfuhr sie von der Existenz einer Friedensgesellschaft in England und entschloß sich, einen Roman zu schreiben, der die sinnlosen Schrecken des Krieges schonungslos anprangern sollte. Dieser aufrüttelnde Roman erschien 1889 unter dem Titel "Die Waffen nieder" und wurde in wenigen Jahren in 16 Sprachen übersetzt. Seine Autorin war in ganz Europa und auch in Amerika zu einem Begriff geworden. Durch den Erfolg ihres Werkes bestärkt, schloß sich Bertha von Suttner den aktiven Friedenskämpfern ihrer Zeit an und trat mit internationalen Friedensgesellschaften in Verbindung. 1891 wurde auch in Österreich eine Friedensgesellschaft gegründet. Im gleichen Jahr nahm Bertha von Suttner als österreichische Vertreterin am Friedenkongreß in Rom teil. 1892 fungierte sie als Präsidentin der großen Friedenkonferenz in Bern. Im gleichen Jahr kam sie zum ersten Mal mit ihrem späteren Mitarbeiter Alfred Hermann Fried zusammen. Sie gaben gemeinsam

die Zeitschrift "Die Waffen nieder" heraus. Diese erschien seit 1899 unter dem Namen "Die Friedenswarte". Auf der ersten Haager-Friedenskonferenz (1899) nahm Bertha von Suttner als einzige Frau teil. Zwei Jahre später nahm der Haager-Gerichtshof seine Tätigkeit auf. 1906 erhielt Bertha von Suttner den Friedensnobelpreis.. Am 21. Juni 1914 ist sie gestorben. Der unentwegten Friedenskämpferin blieb es erspart, den Ausbruch des ersten Weltkrieges zu erleben.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

19. Juni (RK) Samstag, den 20. Juni, Route 3 mit Stadthalle, Müllverbrennungsanlage Flötzersteig, Assanierung Alt-Ottakrings und Ausflugsrestaurant Bellevue sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.00 Uhr.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"

=====

19. Juni (RK) Montag, den 22. Juni, Route 4 mit Theater an der Wien, Liesingbachregulierung, Campingplatz Wien-Süd, Volks- und Hauptschule Mauer und Verkehrsbauwerk Hietzinger Brücke sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen. Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Straßenbahnlinie 106 auch an Sonn- und Feiertagen

=====

19. Juni (RK) Ab Sonntag, den 21. Juni, wird die Linie 106 während der Sommerzeit auch an Sonn- und Feiertagen ganztätig betrieben.

- - -

Wiener Festwochen 1964Das Programm für Sonntag, 21. JuniTheater:

- Burgtheater: Hauptmann: "Vor Sonnenuntergang"
 Akademietheater: Molière: "Der Geizige" 15 Uhr
 Nestroy: "Die schlimmen Buben in der Schule"
 Kringsteiner: "Othello, der Mohr in Wien" 20 Uhr
 Theater an der Wien: Kraus: "Die letzten Tage der Menschheit"
 Staatsoper: Strauss: "Arabella"
 Volksoper: Lehár: "Die lustige Witwe"
 Theater in der Josefstadt: Kaiser: "Kolportage" 15.30 Uhr
 Schnitzler: "Lebendige Stunden"- "Die Gefährtin"-
 "Komtesse Mizzi oder Der Familientag"
 Volkstheater: Aymé: "Die Mondvögel"
 Kammerspiele: Feydeau: "System Ribadier"
 Raimundtheater: Straus: "Ein Walzertraum"
 Kleines Theater der Josefstadt im Konzerthaus: Sternheim:
 "Tabula Rasa"
 Theater der Courage: Sudermann: "Johannisfeuer"
 Simplicissimus: Karl Farkas und Hugo Wiener: "Das waren Zeiten"
 Ateliertheater am Naschmarkt: Vitrac: "Victor oder die Kinder
 an der Macht"
 Theater die Tribüne: nach Vickers von Allan, Arout, Dougall:
 "Gog und Magog"

Musik:

- 11.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal
Richard Strauss-Festkonzert der Wr. Philharmoniker
 Dirigent: Herbert von Karajan
 15.00 Uhr, Musikverein, Großer Saal
Konzert des Symphonieorchesters RAI-Turin
 Elaine Shaffer, Flöte Dirigent: Mario Rossi
 19.30 Uhr, Musikverein, Großer Saal
Arnold Schönberg: Gurrelieder
 Dirigent: Wolfgang Sawallisch
 Wiener Symphoniker, Singverein der Gesellschaft
 der Musikfreunde, Wiener Singakademie, Wiener Schubertbund.
 19.30 Uhr, Konzerthaus, Mozartsaal
Kammerkonzert der Mozartgemeinde Wien
 20.30 Uhr, Rathausplatz: Schlusskonzert.

Bezirksveranstaltungen:8. Bezirk:

10.00 bis 12.00 Uhr, Zeltgasse 7: Ausstellung.

12. Bezirk:

18.45 Uhr, Hetzendorfer Straße 79, Modeschule der Stadt Wien:
Modeschau.

10.00 bis 17.00 Uhr, Modeschule der Stadt Wien: Ausstellung.

13. Bezirk: 16.00 Uhr, Goldmarkplatz: Schauturnen.

9.00 bis 12.00 Uhr, Am Platz 2: Sonderschau.

15. Bezirk:

9.00 Uhr, Kirche, Pouthongasse: Haydn: Harmonie-Messe.

9.30 Uhr, Westbahnhof, Kassenraum: Führung.

18. Bezirk:

16.00 Uhr, Wallrißgasse 40: Sommerfest mit turnerischen Vorführungen.

19. Bezirk:

9.00 bis 13.00 Uhr, Heiligenstädter Straße 155: Ausstellung.

15.30 Uhr, Kirche auf dem Leopoldsberg: Sakrale Barockmusik.

21. Bezirk:

10.00 bis 12.00 Uhr, Prager Straße 33: Sonderausstellung.

Sonstige Veranstaltungen:

10.30 Uhr, Michaelerplatz 1:

Vorführungen der Spanischen Reitschule.

- - -

Studienleiter der Europahäuser in Wien
=====

19. Juni (RK) Gegenwärtig findet in Wien eine Tagung der Studienleiter der Internationalen Föderation der Europahäuser statt. Der Föderation gehören 22 Europahäuser in ganz Westeuropa an; in Frankreich bestehen weitere sechs, die jedoch nicht Mitglieder der Föderation sind. Die Europahäuser sind Institute für politische Bildung mit besonderer Rücksicht auf die Integration Europas.

Stadtrat Heller begrüßte die Studienleiter im Namen des Bürgermeisters und der Stadtverwaltung heute vormittag im Roten Salon des Wiener Rathauses. Die Gäste werden heute nachmittag an der im Rahmen der Europa-Gespräche stattfindenden Forumdiskussion teilnehmen.

- - -

Die nächsten Führungen durch die Ausstellung "Wien um 1900"
=====

19. Juni (RK)

Secession:

Mo	22. Juni:	18 Uhr:	Dr. Kamm
Di	23. Juni:	18 Uhr:	Dr. Kamm
Mi	24. Juni:	10.30 Uhr:	Eva Zeithammer
		18.00 Uhr:	Dr. Kamm
Do	25. Juni:	18. Uhr:	Dr. Kamm
Fr	26. Juni:	18 Uhr:	Dr. Kamm
Sa	27. Juni:	10.30 Uhr:	Dr. Bisanz
		18.00 Uhr:	Dr. Kamm
So	28. Juni:	10.30 Uhr:	Dr. Mensa
		18.00 Uhr:	Dr. Mahl

Künstlerhaus:

Dr. Mensa
Dr. Mensa
Dr. Bisanz
Dr. Mensa
Dr. Mensa
Dr. Mensa
Dr. Mahl
Dr. Mahl
Dr. Neubauer
Dr. Mensa

- - -

Europa-Gespräch 1964:"Deutschland zwischen Klein- und Großeuropa"
=====Referat von Dr. Hermann Kopf

19. Juni (RK) Heute, am vierten Tag des Europa-Gesprächs 1964, hielt vormittag der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Deutschen Bundestages, Dr. Hermann Kopf, ein Referat über das Thema "Deutschland zwischen Klein- und Großeuropa". Der Referent führte unter anderem aus:

"Noch immer ist Mitteldeutschland sowjetisch-russische Besatzungszone. Noch immer ist seiner Bevölkerung die Mitwirkung am Aufbau eines freien und wahrhaft demokratischen Staates versagt. Der Nordatlantikrat hat daher in seiner Tagung vom 12. bis 15. Mai im Haag erneut bekräftigt, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die einzige Regierung ist, die frei und rechtmäßig gebildet wurde und daher berechtigt ist, für Deutschland als Vertreterin des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten zu sprechen. Das verhängnisvolle Ende des zweiten Weltkrieges hat im deutschen Volk günstige Voraussetzungen für den Gedanken einer europäischen Einigung geschaffen. Das Ende des Krieges brachte auch grundlegende Änderungen in der weltpolitischen Stellung Deutschlands. Deutschland hörte auf, Großmacht zu sein. Mitten durch das Land wurde eine Grenze gezogen zwischen einem Block vom Kommunismus beherrschter Länder und den freien Ländern Europas. Millionen von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen strömten in den freien Teil Deutschlands ein. Die Notwendigkeit einer politischen Solidarität der freien Staaten Europas und ihres engeren Zusammenschlusses im Interesse einer gemeinsamen Abwehr der vom kommunisten Machtblock drohenden Gefahren wurde erkannt. In der Bundesrepublik entstanden eine Reihe organisierter Zusammenschlüsse, die sich die geistige Vorbereitung und die propagandistische Werbung für einen europäischen Zusammenschluß zur Aufgabe setzten. Überlegungen ähnlicher Art vollzogen sind in anderen Ländern Europas, sie führten zur Gründung des Europarates, dem die Bundesrepublik nicht sofort, sondern nach einer Wartepause beitrat. Der Weg einer großeuropäischen Lösung war damit angebahnt. Aber bald zeigte sich, daß der Europarat auf dem Weg zur europä-

ischen Einigung nicht weiterführen konnte. Großbritannien war nicht bereit, sich an der Fortführung kontinentaleuropäischer Einigungsbestrebungen zu beteiligen.

Daher wurde der Weg zu kleineuropäischen Lösungen notwendig gemacht. Als Robert Schumann zur Schaffung der Montan-Union aufrief, stand der Bundesrepublik keine Wahl offen zwischen einer klein- oder großeuropäischen Lösung. Die ersteren mußten gesucht werden. Die gefundenen Lösungen waren zwar nicht ohne Rückschläge, führten jedoch auch zu großen Erfolgen.

Der Versuch, die Streitkräfte der sechs Länder im Wege der europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu integrieren, ist ebenso gescheitert, wie der Versuch der Schaffung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft. Die Verträge von Rom haben durch die Schaffung des Gemeinsamen Marktes und von Euratom die Reihe der kleineuropäischen Lösungen fortgesetzt und die Bildung eines gemeinsamen Binnenzollraumes der sechs Länder und einer Wirtschaftsunion vorbereitet und ermöglicht.

Der Verlauf der europäischen Einigungsbestrebungen wurde in entscheidender Weise beeinflusst durch: 1. die Bereitschaft Großbritanniens zum Beitritt zum Gemeinsamen Markt und 2. die, von Frankreich unter seinem Präsidenten de Gaulle vertretene Auffassung, trotz Respektierung der bestehenden Verträge, am Prinzip der Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität festhalten zu wollen.

In Deutschland ist man nach wie vor von der Notwendigkeit der Einigung Europas überzeugt und erstrebt eine großeuropäische Lösung. Das Ziel, das Deutschlands wirtschaftlichen und politischen Integrationsbestrebungen zugrunde liegt, ist die Schaffung der **Vereinigten Staaten von Europa**. Der wirtschaftliche Zusammenschluß bedarf der Ergänzung durch eine politische Einigung. Ein geeinigtes Europa kann nur ein föderiertes oder konföderiertes Europa sein. Wenn uns das Ziel einer wirtschaftlichen und politischen Lösung auf großeuropäischer Ebene als Endziel vorschwebt, so bedeutet dies nicht, daß alle freien Staaten Europas sich notwendigerweise an derartigen Maßnahmen beteiligen müssen, sondern diejenigen Staaten, die geeignet, befähigt und gewillt sind, sich an einem derartigen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß zu beteiligen. Auch die neutralen Staaten Europas sind Glieder der

Freien Welt und des Freien Europas. Die Mitarbeit und Beteiligung der neutralen Staaten an einem wirtschaftlich und politisch sich zusammenschließenden Europa ist erwünscht.

Ein Problem besonderer Art würde für die neutralen Staaten dann aufgeworfen werden, wenn ein neutraler Staat zu einem späteren Zeitpunkt nicht nur einen Beitritt zur Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch zu einer noch zu schaffenden Europäischen Politischen Gemeinschaft in Erwägung ziehen sollte. In den Kreisen, die die Schaffung einer Europäischen Politischen Gemeinschaft wünschen, wird die Auffassung vertreten, daß dieser zu bildenden Europäischen Union auch Aufgaben auf dem Gebiete der gemeinsamen Verteidigung übertragen werden sollten. Sollte sich eine derartige Entwicklung vollziehen, so würden die neutralen Staaten, die einen Beitritt zu einer zu schaffenden Europäischen Union wünschen, sich vor eine grundsätzliche und schwierige Entscheidung gestellt sehen.

Deutschland, inmitten Klein- und Großeuropas gelegen, erstrebt durch die Schaffung eines förderativen oder konföderativen Zusammenschlusses freier Staaten Europas eine europäische Friedensordnung. Schon einmal hat in Mitteleuropa in der Gestalt des Österreich-Ungarischen Doppelstaates eine derartige Friedensordnung bestanden. Dieses Beispiel lehrt, wie Nationen und Nationalitäten, Sprachgemeinschaften und sprachliche Minderheiten vereinigt werden können zu einem umfassenden Ganzen. Nur, wenn kulturelle Tradition, Eigenständigkeit und gliedstaatliche Autonomie der sich zusammenschließenden Nationen im Rahmen des föderalen Ganzen gewahrt sind, kann ein geeintes Europa entstehen."

- - -

Europa-Gespräch 1964:

"Westeuropa und die beiden kommunistischen Ostblöcke"
=====

Referat von Chefredakteur Immanuel Birnbaum

19. Juni (RK) Heute vormittag hielt im Rahmen des Europa-Gesprächs 1964 der Chefredakteur der "Süddeutschen Zeitung" (München) Immanuel Birnbaum, ein Referat über das Thema "Westeuropa und die beiden kommunistischen Ostblöcke". Der Referent führte unter anderem aus:

"Die Spaltung der kommunistischen Welt in zwei Staatenblöcke muß als vollendete Tatsache von einiger Dauer angesehen werden. Die Motive des sowjetisch-chinesischen Gegensatzes sind nicht nur ideologischer Art, sondern sie liegen in den Gegensätzen der Staatsräson zweier Großmächte und nicht zuletzt in dem gewaltigen Nachholbedarf des nationalen chinesischen Geltungsdrangs, der schon seit Beginn der Mandschu-Herrschaft (1644) und vollends seit der Demütigung durch europäische Interventionen im 19. Jahrhundert zu kurz kam.

In der westlichen Publizistik wird dem nichtkommunistischen Europa häufig Stellungnahme für Moskau empfohlen, das uns kulturgeschichtlich näher stände und auch politisch reifer zu einem friedlichen Ausgleich sei. Auch die Gegenstimmen fehlen nicht, die uns empfehlen, vielmehr China gegen die für Westeuropa vermeintlich viel gefährlichere Sowjet-Politik auszuspielen. Dieser zweiten Empfehlung liegt die Annahme zu Grunde, daß sich der sowjetisch-chinesische Gegensatz im Sinn eines Entlastungsbedürfnisses der Moskauer Westpolitik auswirken müsse. Der Vortrag gibt einige Gesichtspunkte zu Beurteilung dieser Annahme als Voraussetzung für kurzfristige und für langfristige politische Planung der europäischen Regierungen. Er untersucht weiterhin die These, daß das amerikanische und das europäische Interesse am Ausgleich mit dem einen oder dem anderen kommunistischen Großreich ganz verschieden liege. Schließlich wird kurz auf die Möglichkeiten einer westeuropäischen Zusammenarbeit mit Osteuropa und mit Ostasien auf wirtschaftlichem kulturellem und politischem Gebiet eingegangen."

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

Am Montag, dem 22. Juni, 10.30 Uhr, wird im Montagebauwerk in Kagran (Zufahrt Erzherzog Karl-Straße, Rugierstraße) die 50.000. Platte fertiggestellt. Im Anschluß daran wird in der dort entstehenden städtischen Wohnhausanlage die 1.500. Montagebauwohnung fertig montiert. Vizebürgermeister Slavik und Stadtrat Heller werden dieser kleinen aber bemerkenswerten Feier beiwohnen.

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Foto-reporter zu entsenden.

- - -

Sitzung des Wiener Landtages
=====

19. Juni (RK) Unter dem Vorsitz seines zweiten Präsidenten Mühlhauser trat der Wiener Landtag heute vormittag zu einer Sitzung zusammen. Es lagen zwei Anfragen der KLS vor und ein Antrag der SPÖ, betreffend "Schaffung einer Studienorganisation für das Land Wien innerhalb des Österreichischen Rundfunks". Der Antrag wurde dem Landeshauptmann zugewiesen.

Nachruf auf Stadtrat Bauer

Der Wiener Landtag gedachte sodann des vor kurzem verstorbenen Amtsführenden Stadtrates Franz Bauer. Auf dem Platz in der Abgeordnetenbank, den Bauer für gewöhnlich einnahm, lag ein Trauerkranz. Zweiter Landtagspräsident Mühlhauser (ÖVP) sprach Worte des Gedenkens, die von den Mitgliedern des Landtages zum Zeichen der Trauer stehend angehört wurden. Er führte aus:

"Wieder hat der Tod einen aus unserer Mitte herausgerissen. Wir haben heute die traurige Pflicht, des Landtagsabgeordneten und Amtsführenden Stadtrates für Wirtschaftsangelegenheiten Franz Bauer zu gedenken, der am 6. Juni im 63. Lebensjahr von uns gegangen ist.

Sein Ableben hat nicht nur in seiner Fraktion, der Österreichischen Volkspartei, eine große Lücke gerissen, die aufrichtige Anteilnahme aus allen politischen Lagern beweist, daß seine Arbeit, sein Wirken für Wien und die Wiener anerkannt wurde und sein Charakter ihm allseitig Achtung und Wertschätzung eingetragen hat.

Wir alle in diesem Hohen Haus haben aus eigener Anschauung die Zeit der Ersten Republik, die Ara des Nazismus mit dem zweiten Weltkrieg und die Wiederaufbauarbeit der Zweiten Republik und unserer Heimatstadt kennengelernt. Stadtrat Bauer aber war der letzte aus jener alten Garde von Wiener Kommunalpolitikern, die sowohl in der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg in der Gemeinde aktiv mitgewirkt und auch nachher eine bedeutende Rolle im Wiener Rathaus gespielt haben. Er hat aus eigener und persönlicher Anschauung

die vielen politischen Systeme der letzten Jahrzehnte kennengelernt und er hat für seine Person die daraus notwendigen Lehren gezogen. Bauer war nie einseitiger Parteipolitiker und er eignete sich vollends nicht zum Demagogen. Ihm ging es stets um die Sache und um die Sachlichkeit. Und wenn er der Überzeugung war, daß eine Sache gut sei, dann trat er mit allem Temperament, und all seinem Können dafür ein. Daß es ihm nicht immer gelang, seine Wünsche und Absichten durchzusetzen, ließ ihn nicht resignieren. Er wußte, daß große Aufgaben ihre Zeit brauchen und er erkannte, daß Schwierigkeiten nicht zur Aufgabe und zur Kapitulation zwingen dürfen. In diesem Sinne und in diesem Geist war er unablässig in seiner Funktion als Amtsführender Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten um die Verbesserung des Wiener Marktwesens bemüht und schaltete sich vor allem immer wieder vorwärtstreibend in die Vorarbeiten für das Riesenobjekt des neuen Zentralgroßmarktes ein.

Wenn wir an andere Bereiche seines Ressorts denken, so genügt für uns allein die Aufzählung, um zu wissen, welche schwierige Materien gerade in dieser Geschäftsgruppe zusammengefaßt und zu bewältigen sind: das Beschaffungsamt, die Liegenschaftsverwaltung, die rechtlichen Angelegenheiten der Landeskultur und wie schon erwähnt, das Marktamt und das Veterinäramt.

Gehen wir noch einmal im Geiste den Lebensweg mit, den Stadtrat Bauer, der Zeit seines Lebens für die Öffentlichkeit tätig war, durchschreiten konnte, bis ihn der Herrgott zu sich rief:

Franz Bauer wurde am 30. Oktober 1901 in Wien geboren und erlernte zunächst den Beruf eines Kellners. Er erweiterte sein Wissen durch den Besuch von Fortbildungsschulen und ging zur Vervollständigung seines Wissens auch in das Ausland. Bereits während seiner Lehrzeit kam Bauer zur christlichen Arbeiterbewegung. Er gehörte zu den engsten Mitarbeitern des verewigten Präsidenten Kunschak.

1938 verhafteten ihn die Nationalsozialisten, und nach seiner Freilassung mußte er zur Wehrmacht einrücken. Nach dem Krieg war Stadtrat Bauer vier Jahre lang Mitglied des Wiener Landtages und Gemeinderates und er bekleidete auch das Amt des dritten Präsidenten im Wiener Landtag.

In Jahre 1949 wurde er in den Nationalrat entsandt. Am 29. September 1950 wurde Franz Bauer vom Wiener Gemeinderat zum Amtsführenden Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten gewählt, jene Funktion, die er bis zu seinem Tode inne hatte. Ich bin mir bewußt, daß die Aufzählung von einigen wenigen Daten und Fakten dem Lebensbild eines Mannes nicht gerecht werden kann. Aber was er tat und wofür er lebte, wissen wir alle genau. Und deshalb wollen wir in dieser Stunde noch einmal des Mannes gedenken, der vom einfachen Kellner bis zum Nationalratsabgeordneten, bis zum Stadtrat aufstieg und dabei den oft zitierten kleinen Mann nie vergaß, der immer die Interessen dieses kleinen Mannes nach besten Kräften vertrat. Wir denken in diesem Augenblick alle an Franz Bauer und wir wollen dafür sorgen, daß diese Gedanken immer lebendig bleiben, auch wenn er von uns gegangen ist!"

Neue Gemeindewahlordnung der Stadt Wien

Die Beratung des Wiener Landtages begann mit der Berichterstattung über die Vorlage des Gesetzes, betreffend die Gemeindewahlordnung der Stadt Wien durch Stadtrat Sigmund. Der Berichterstatter wies darauf hin, daß das Wählerevidenzgesetz und das Stimmlistengesetz außer Kraft getreten sind und daher eine neue Beschlußfassung über das Gemeindewahlgesetz notwendig wurde, demzufolge die Wählerverzeichnisse auf Grund der Wählerevidenzen hergestellt werden.

Der Berichterstatter empfahl dem Wiener Landtag die Annahme des neuen Gesetzes gemäß Antrag des Gemeinderatsausschusses XI vom 12. Juni 1964 mit verschiedenen Änderungen, die im einzelnen verlesen wurden. Stadtrat Sigmund gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß durch die neue Gemeindewahlordnung alle Voraussetzungen einer geregelten Wahl geschaffen seien, die jedem Bürger die Ausübung seines Wahlrechtes sichern und bat um Zustimmung zu seinem Antrag.

Erster Landtagspräsident Marek stellte als Vorsitzender fest, daß im gegenständlichen Fall General- und Spezialdebatte zusammen abgeführt werden könnten, was ohne Einspruch vom Landtag gutgeheißen wurde.

Als erster Debattenredner meldete sich Abg. Lauscher (KLS) zu Wort. Der Redner wies auf die lange Frist hin, die seit der Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes verstrichen sei. Er betonte, daß lange schon Zeit gewesen wäre zur Durchführung der längst fälligen Demokratisierung des Wahlrechtes und bezeichnete die beantragten Änderungen der Gemeindewahlordnung als unwesentlich und rein formal. Zahlreiche Vorschläge der KLS-Fraktion zur Wahlreform hätten leider nie Zustimmung gefunden. Der Redner kritisierte, daß die Wiener Wahlordnung die großen Parteien in undemokratischer Weise begünstige. Im besonderen wurde bemängelt, daß Wien nicht so wie andere österreichische Städte einen einzigen Wahlkreis bilde und die Wahlordnung eine Fünf Prozent-Klausel enthalte. Eingehend beschäftigte sich der Redner mit der Wahlreform-Diskussion, betreffend die Nationalratswahl, wobei er von zahlreichen Zwischenrufen unterbrochen wurde. Die Urheber der Wahlrechtsreform befänden sich in einem schweren Irrtum, wenn sie glauben, durch solche Methoden bei den kommenden Wahlen kommunistische Stimmen gewinnen zu können. Die Förderung der Freiheitlichen und die gleichzeitige Diskriminierung der Kommunisten liege nicht im Interesse der österreichischen Arbeiterklasse und im Interesse der Demokratie. Gerade Wien hätte die Pflicht, durch eine echte Demokratisierung der Wiener Wahlordnung ein Beispiel zu geben und eine demokratische Tat zu setzen. Da dies jedoch nicht der Fall ist, könne seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Abg. Dr. Habl (ÖVP) stellte fest, daß man immer wieder mit Bedauern darauf verweisen muß, daß das Land Wien nicht nur über kein eigenes Budget verfügt, sondern auch über keine eigene Wahlordnung. Der Mehrzahl der Bürger unserer Stadt ist die Identität zwischen Landtagsabgeordneten und Gemeinderäten nicht einmal bekannt. Es wäre für Wien in vielen Belangen von Vorteil, seine Stellung als Bundesland stärker zu dokumentieren. Zwei Gründe machen es erforderlich, eine neue Wahlordnung für Wien zu beschließen. Die bisher in Kraft befindliche Gemeindewahlordnung 1959 hat noch Bestimmungen enthalten, die sich auf Grund des damals in Kraft befindlichen Stimmlistengesetzes ergaben. Inzwischen ist aber das Wahlevidenzgesetz in Kraft getreten und die Gemeindewahlordnung muß dem angepaßt werden. Ein weiterer Grund

ist, daß die Wahlordnung, wie viele andere Wiener Gesetze, sanierungsbedürftig ist. Leider stehen wir bei der Beschließung unserer Wahlordnung wieder einmal unter Zeitdruck, der nicht so groß gewesen wäre, hätte man das Gesetz bereits bei der letzten Sitzung beschließen können. Leider wurde der Entwurf damals zu spät vorgelegt, sodaß für die notwendige Durcharbeitung viel zu wenig Zeit zur Verfügung stand. Inzwischen konnte eine große Zahl von Flüchtigkeitsfehlern berichtigt werden. Zwei wesentlich erscheinende Forderungen der ÖVP müßten jedoch in der Vorlage noch berücksichtigt werden. Der Redner stellte daher im Namen seiner Fraktion Anträge, die die Möglichkeit der Briefwahl und der Vornahme von Reihungen und Streichungen verlangen. Der Stimmzettel müßte entsprechend abgeändert werden und auf der Rückseite den Namen der Kandidaten enthalten. Die weiteren Vorschläge sind formeller Art und beziehen sich nur auf die Durchführung der Wahl, die Zählung der Stimmzettel usw.

Gegen die Briefwahl wurde von sozialistischer Seite geltend gemacht, daß dabei das Wahlgeheimnis nicht garantiert werden könne und damit manchen Unkorrektheiten der Weg geebnet sei. Interessanterweise haben die deutschen Sozialdemokraten den diesbezüglichen Bestimmungen in der Bundesrepublik ihre Zustimmung erteilt. Es hat zu keinen Unzukömmlichkeiten geführt. Es ist nicht einzusehen, daß ausgerechnet die Österreicher weniger korrekt sein sollten; eine solche Auffassung käme geradezu einer Diskriminierung und Pauschalverdächtigung der österreichischen Wähler gleich, von der sich die ÖVP ausdrücklich distanzieren. Übrigens sei das Wahlgeheimnis bei der von der ÖVP vorgeschlagenen Regelung durchaus gewährleistet. Wenn man Schwerkranken oder alten und gebrechlichen Leuten die Wahl ermöglichen will, dann sollte man sie nicht mit einer Tragbahre ins Wahllokal bringen, dann wäre es zweckmäßiger, ihnen die Möglichkeit zu geben, von ihrem Wahlrecht daheim Gebrauch zu machen. Daß dies eine menschlichere Lösung ist, wird wohl von niemandem bestritten werden können.

Nachdrücklich fordert der Redner auch für die Wahl in den Wiener Landtag und Gemeinderat dem Wähler die Möglichkeit der Reihung und Streichung zu geben. Man spricht so viel von direkter Demokratie, hier, wo die Möglichkeit dazu wäre, sie zu verwirklichen, sollten wir sie nicht ungenützt lassen. Die ÖVP jedenfalls scheue sich nicht, dem Wähler ihre Kandidatenliste vorzulegen und ihm allenfalls gewünschte Reihungs- und Streichungsvermerke anbringen zu lassen. Es scheint aber, daß der Sozialistischen Partei diese Möglichkeit nicht so gefällt, weil sie so dagegen ist. Dann wird aber die ÖVP darauf hinweisen können, daß sie mehr für die Persönlichkeitwahl und die direkte Demokratie eingetreten ist als die SPÖ.

Schließlich verweist der Abgeordnete darauf, daß die Sozialisten auf Bundesebene eine Änderung des Ermittlungsverfahrens vorgeschlagen haben, nicht aber für die Wahlen in Wien, und erklärt: Gerade Wahlgesetze gehören zu den wichtigen Gesetzen in einer Demokratie, an denen nicht herumgebastelt werden soll, sondern die nach klaren, auf Bundes- wie auf Landesebene gleichen Grundsätzen beschlossen werden sollen.

Abgeordnete Dr. Hirnschall (FPÖ) erklärt, daß seine Fraktion einige der Änderungen durchaus unterstützen könne, wobei er insbesondere die Ausdehnung des Kreises der Anspruchsberechtigten für die Ausstellung einer Wahlkarte hervorhebt. Einige Korrekturen wünscht er hinsichtlich des Wahlaktes in Altersheimen sowie Heil- und Pflegeanstalten. So beantragt er, daß dort bei der Festsetzung der Wahlsprengel davon auszugehen ist, daß in einer Stunde 30 und nicht wie sonst 70 Wähler abgefertigt werden können. Weiter beantragt er die Streichung der Bestimmung, wonach die ärztliche Anstaltsleitung in einzelnen Fällen gewissen Personen die Ausübung des Wahlrechtes aus gewichtigen medizinischen Gründen untersagen kann. Ferner setzt er sich dafür ein, in diesen Anstalten die Bestimmung über den transportablen Wandschirm genau einzuhalten. In einem Merkblatt möge darauf hingewiesen werden, daß ein klares Vollrechtsverhältnis zwischen Wähler und Geleitperson bestehen muß, damit nicht etwa nach bestimmten Gesichtspunkten ausgewählte Pflegepersonen ein mehrfaches Stimmrecht ausüben.

Wesentlich stärker fallen aber jene Dinge ins Gewicht, setzt Dr. Hirnschall fort, die uns die Wahlordnung schuldig geblieben ist,

Dieses Gesetz kommt der von allen Seiten erhobenen Forderung nach einem gerechten Wahlsystem um keinen Schritt näher. Dabei benötigte die FPÖ bei der letzten Wahl zur Erringung eines Mandates mehr als doppelt so viele Stimmen wie die Koalitionsparteien. Es ist klar, daß ein derartiges Wahlrecht nicht mit dem in der Verfassung verankerten Grundsatz der Verhältniswahl in Einklang zu bringen ist. Im Hinblick auf die Nationratswahlordnung hat der Chefredakteur der "Arbeiter-Zeitung" im Mai geschrieben: Verhältniswahlrecht heißt, daß sich die Zahl der Mandate wie die Zahl der Stimmen verhalten soll, Stimme soll gleich Stimme sein. Was aber auf Bundesebene recht ist, muß auch auf Landesebene billig sein. Der Redner bringt einen Abänderungsantrag ein, wonach die Wahlzahl in der Weise gefunden werden soll, daß die Gesamtsumme der im Wahlbezirk für die Parteilisten abgegebenen gültigen Stimmen durch die Anzahl der Mandate - nicht wie bisher um die um eins vermehrte Zahl - geteilt wird. Damit würde die Mandatsverteilung mehr nach dem Grundsatz des Verhältniswahlrechts erfolgen können als bisher. Bei Durchrechnung der Ergebnisse der letzten Nationalratswahl würde sich dann folgendes Bild ergeben: SPÖ 52.4 Prozent der Stimmen und 53 Prozent der Mandate, ÖVP: 34.5 und 36 Prozent und FPÖ: 6.5 und sechs Prozent, Kommunistische Partei 5.1 und fünf Prozent. Der ÖVP-Redner hat die Diskrepanz zwischen Stimmenzahl und Mandatsverteilung aufgezeigt. Die ÖVP hat jetzt die Möglichkeit, das zu ändern, indem sie unserem Vorschlag zustimmt.

Der Redner bringt einen weiteren Antrag ein, den § 99 der Wahlordnung dahingehend zu ändern, daß die Bezirksräte nicht den Vertreter der stärksten Partei als Bezirksvorsteher zu wählen gezwungen sind. Der Bezirksvorsteher soll vielmehr von der Bezirksvertretung mit unbedingter Mehrheit zu wählen sein.

Abschließend erklärt der Redner, seine Fraktion werde der Vorlage nur zustimmen, wenn die Anträge der FPÖ berücksichtigt werden.

Abg. Dr. Bohmann (SPÖ) stellt zunächst fest, daß keine Schlaperei der Gemeindeverwaltung vorliegt; wenn man von einer Schuld sprechen kann, so sei es die Schuld der Bundesregierung. Wir sollten daher dankbar sein, daß mit der Vorlage ein Verfassungsmangel saniert wird.

Zum Briefwahlrecht bemerkt der Redner, daß hier leichtfertig über grundsätzliche Bestimmungen der Verfassung hinweggegangen wird.

Der Artikel 26 der Bundesverfassung bestimmt, daß der Nationalrat vom Bundesvolk auf Grund des gleichen, unmittelbaren, geheimen und persönlichen Wahlrechts gewählt wird. Persönlich wird aber ein Wahlrecht dann ausgeübt, wie in einem Kommentar ausdrücklich festgestellt wird, wenn der Wahlberechtigte vor der Wahlkommission erscheint. (Zwischenrufe bei der ÖVP: Eine unverbindliche Meinung! - Persönlich kann man doch einen Brief schreiben! - Abg. Dr. Schmidt, FPÖ: Persönlich heißt, er muß persönlich das Kreuzerl machen!) Bei den Betriebsratswahlen, fährt der Redner fort, führt das Briefwahlrecht außerdem oft zu Unzukömmlichkeiten. Er betont schließlich, daß die Sozialisten den Grundsätzen der Verfassung keineswegs untreu werden. Ein freies demokratisches Wahlrecht ist nur möglich, wenn der Wähler persönlich bei der Kommission erscheint.

Zu den Reihungen und Streichungen: Wenn es sich um ein echtes und demokratisches Bedürfnis handelte, könnte man darüber sprechen, auch wenn es einen ganz enormen Verwaltungsaufwand bedeutet. Bei der letzten Nationalratswahl haben aber im ganzen Bundesgebiet nur 0.23 Prozent der Wähler von der Möglichkeit der Streichungen Gebrauch gemacht.

Abg. Peter (FPÖ) beschäftigt sich besonders damit, daß unser Wahlrecht nicht "gleich" in der Wertung sei. Das Wahlrecht ist daher ungerecht. Der Redner wirft den Sozialisten Moral mit doppeltem Boden vor. Man kann nicht auf Bundesebene etwas anderes erklären als auf Landesebene, weil man hier die Vorteile einer gerechten Wahlordnung nicht brauchen kann. Deshalb gelten anscheinend in Wien für die Sozialisten die Grundsätze der eigenen Parteivertretung nicht.

Abschließend zitiert der Redner Grillparzer: "Nur eine Schmach weiß ich auf dieser Erde und die heißt Unrecht tun!" - Wenn Sie die Schmach auf sich sitzen lassen wollen, meint Abg. Peter, bitte, tun Sie weiter Unrecht.

Abg. Maller (KLS) fordert ein Wahlrecht, in dem jede Stimme gleich viel zählt und jeder Partei die gleiche Chance gegeben wird, ihr Gedankengut an den Wähler heranzutragen.

Im Schlußwort stellt Stadtrat Sigmund einleitend fest, daß eine Partei, nämlich die KLS, die seit Jahren gezeigt hat, daß ihr die Erringung der Macht und nicht die Demokratie die Hauptsache ist,

hier kein Recht hat, von Demokratie und den demokratischen Einrichtungen zu reden. Auf die Debattenreden der FPÖ-Abgeordneten übergehend, sagt Stadtrat Sigmund, aus Verantwortung für die Durchführung der Wahl müsse er auf eine Unterstützung der FPÖ verzichten. Er schlägt vor, die von der FPÖ und der ÖVP eingebrachten Änderungs- und Zusatzanträge abzulehnen. Abschließend betont er, daß die neue Gemeindewahlordnung die Gewähr für eine einwandfreie und saubere Wahl in Wien gibt. Die Einführung der Briefwahl und die Möglichkeit der Reihung und Streichung würde die Bekanntgabe des Wahlausganges wesentlich verzögern.

Bei der Abstimmung erhielt der Abänderungsantrag der ÖVP (Streichungen und Reihungen) nicht die Unterstützung der SPÖ und ist damit abgelehnt. Ebenso abgelehnt wurde der Zusatzantrag der ÖVP (Briefwahl) für den nur ÖVP und FPÖ stimmten. Für die vier Abänderungsanträge der FPÖ stimmte keine der drei anderen Parteien. Die Gesetzesvorlage wird in erster und zweiter Lesung mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Damit ist die Tagesordnung des Landtages erschöpft.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Premiere der neuen Sendereihe "Wien hat immer Saison":

Immer mehr "Verliebte in Wien"!
=====

19. Juni (RK) Im Sendesaal des AEZ hatte gestern eine neue Sendereihe Premiere, die von der Stadt Wien, der Fremdenverkehrsstelle und der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien gemeinsam gestaltet wird und die von nun an jeden Donnerstag von 17 bis 18 Uhr im Ersten Programm zu hören sein wird. Der Sprecher der Sendung ist Walter Niesner.

Bürgermeister Jonas kam persönlich ins AEZ, um die neue Sendereihe aus der Taufe zu heben, was er mit folgenden Worten tat:

"Die heute beginnende Sendereihe soll unter dem Motto stehen 'Wien hat immer Saison'. Das ist ein Motto, das mir sehr vertraut ist, weil es auch für die Arbeit des Wiener Bürgermeisters gilt: Da ist immer Saison! Hier aber soll ja weniger von Arbeit und Mühe gesprochen werden, als mehr von der Saison der Freude und Entspannung. Ich bin glücklich, sagen zu können, daß unser heutiges Wien beides zu bieten hat: Arbeit für alle, die arbeiten wollen, und Freude und Entspannung für alle, die sie nötig haben.

So schließe ich mich von Herzen der Aufforderung an, die der Untertitel der Sendung an alle richtet: 'Verlieb' Dich in Wien! Wir Wiener sind keine selbstsüchtigen Menschen, die alles für sich allein behalten wollen, was ihre Vorväter an Schönerem geschaffen haben und was sie selber an ernster und heiterer Muse hervorbringen. Darum freuen wir uns über jeden Gast aus den Bundesländern und aus dem Ausland, der hierher kommt, um das singende, klingende und blühende Wien zu suchen.

Gerade in diesem Jahr haben wir durch die Internationale Gartenschau in unserem neu angelegten Donaupark noch mehr zu bieten als in den Jahren bisher. Der auf einem ehemaligen Müllablagungsplatz - genau gesagt auf rund 15 Millionen Kubikmeter Mist - angelegte Blumengarten hat sich bereits als ein Anziehungspunkt ersten Ranges erwiesen. Auch nach Beendigung der Internationalen Gartenschau wird der Donaupark ein einzigartiges Erholungsgebiet für Bewohner und Besucher unserer Stadt bleiben.

Darüber hinaus besitzt Wien sovieler schöne Dinge, sehr oft Sehenswürdigkeiten, die im Verborgenen stehen, daß eine Sendereihe sehr zu begrüßen ist, die auf einiges davon aufmerksam macht. Und zwar nicht nur die Fremden, die nach Wien kommen, sondern auch die Bürger unserer Stadt. Laufen wir Wiener doch in unserem Alltag an vielen Schönheiten unserer Heimatstadt vorüber, ohne sie je recht beachtet zu haben.

Ich wünsche der neuen Sendereihe, daß sie überall offene Ohren und Herzen findet bei unseren Wienern und allen Gästen, damit sich immer mehr so in Wien verlieben wie ich selbst."

In der Sendung "Wien hat immer Saison" wird über die aktuellen Ereignisse der folgenden acht Tage geplaudert, ein prominenter Künstler stellt im Gespräch mit Walter Niesner eine Wiener Sehenswürdigkeit vor, "die Wienerin als Gastgeberin", kehrt ihre Qualitäten hervor, und eine heitere Reportage schließt das Programm, das musikalisch von Norbert Pawlitzki betreut wird.

Auch zu den kommenden Sendungen werden die Eintrittskarten beim AEZ-Portier und im Büro des Österreichischen Rundfunks in der Opernpassage und in der Argentinierstraße sowie bei den Zentralsparkasse-Filialen erhältlich sein.

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksveranstaltungen in der kommenden Woche
=====

19. Juni (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Montag, 22. Juni:

17 Uhr, Donaustadt, Lorenz Kellner-Gasse 15, Sitzungssaal.

Mittwoch, 24. Juni:

16 Uhr, Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 2/I/43.

- - -

Geehrte Redaktion!
=====

Wir erinnern daran, daß morgen Samstag, den 20. Juni, um 11 Uhr, im neuen Planetarium eine Besichtigung für Pressevertreter stattfindet.

Treffpunkt: Wien 2, Prater, Hauptallee, Planetariumseingang beim Riesenrad.

- - -

Europa-Gespräch 1964:

Forumdiskussion: "Die europäische Bewußtseinsbildung in der Öffentlich-
 =====
 lichkeit als Faktor der weiteren Integration"
 =====

Das Einleitungsreferat von Bundestagsabgeordnetem Heinz Kühn

19. Juni (RK) Im Rahmen des Europa-Gesprächs 1964 fand heute nachmittag eine Forumdiskussion zu dem Thema "Die europäische Bewußtseinsbildung in der Öffentlichkeit als Faktor der weiteren Integration" statt. Das Einleitungsreferat hielt der Landesvorsitzende der SPD in Nordrhein-Westfalen, Bundestagsabgeordneter Heinz Kühn. Der Referent führte unter anderem aus:

"Wenn man die politischen Umweltbedingungen untersucht, unter denen sich gegenwärtig die europäische Bewußtseinsbildung vollzieht, so zeigen sich ebenso retardierende Momente wie motorische Antriebe. Hierbei wird der institutionelle Integrationsprozeß, um den sich die europäische Politik bemüht, bewußt außer Acht gelassen. Abgesehen von diesen Tagesgeschehen zeigt sich nämlich eine Fülle von Aufgaben, die insbesondere jenen Institutionen der Volksbildung erwachsen, die das politische Bewußtsein bilden sollen. Die Sturm- und Drang-Periode des europäischen Einigungsgedankens knapp nach dem zweiten Weltkrieg ist hie und da noch in Erinnerung, handelte es sich doch damals vor allem um einen Aufbruch der Jugend jener mißkreditierten Vaterländer, die nach den beiden europäischen Bürgerkriegen 55 Millionen Tote auf den verschiedenen Kampfstätten gelassen hatte. Die europäische Bewegung dieser Art reicht bis in die Widerstandsgruppen und in die Konzentrationslager zurück. Ihre Träger sind den verschiedensten Nationalitäten und Weltanschauungen beizuordnen.

Die ältere Generation der Baumeister an Europa war damals durch Schumann, de Gasperi und Adenauer repräsentiert, die alle aus europäischen Grenzländern stammten und politischen Verfolgungen ausgesetzt gewesen sind. Die Sozialisten brachten für die Europa-Bewegung ihre Tradition der europäischen Solidarität mit. Der Prozeß des europäischen Zusammenrückens wurde von drei Beweggründen bestimmt: Der Sehnsucht nach europäischer Solidarität, der Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs und der Angst vor der mili-

tärischen Bedrohung der Sowjets. Viele Europäer sahen den wirtschaftlichen Wiederaufstieg ihres Landes mit der wirtschaftlichen Integration Europas verbunden und erhofften daraus als notwendige Folge eine schleunige politische Integration.

Bisher ist dies trotz der großen Integrationsfolge auf wirtschaftlichem Gebiet nicht eingetreten und es bleibt offen, ob hierfür vielleicht nur die Kürze der Zeit verantwortlich ist. Mittlerweile verliert aber der dritte Integrationsmotor an Antriebskraft: die Angst vor den Sowjets ist im Schwinden. Während einerseits das jährlich Quantum von 120 Milliarden Dollar für die Weltrüstung und das damit verbundene Gleichgewicht des Schreckens eine schwere ökonomische Belastung darstellen, findet andererseits das friedliche Koexistenzwerben und die Verhandlungsbereitschaft auf beiden Seiten immer mehr Anhänger. Die Weltpolitik klettert aus den Gräben des kalten Krieges hinaus, man begegnet sich nüchterner und realistischer. Der Polizentrismus und der beginnende Transformationsprozeß im Ostblock hat seine Parallelen im Westen: die zentripetalen Kräfte des Westbündnisses geraten zur Zeit unter die Beeinträchtigung der zentrifugalen Kräfte erstarkender Nationalinteressen. Während noch vor einigen Jahren die Angst als Geburtshelfer Europas fungierte, erhebt sich heute die Frage, ob die NATO vielleicht ein Opfer der Entstalinisierung wird.

Zum Symbol des Zentrifugalprozesses ist Präsident de Gaulle geworden, der nach einem Einiger Europas ruft, wie es etwa Piemont in Italien und Preußen in Deutschland gewesen sind. Ein Zusammenschluß durch eine solche Vormachtstellung erscheint aber heute nicht möglich.

Auch die deutsche Situation ist voller Probleme. Während noch 1946 der amerikanische Außenminister feststellen konnte, daß die Vereinigten Staaten in Deutschland weder eine Schachfigur noch einen Partner im Kampf um die Macht zwischen Ost und West sehen, kam es in den Folgejahren zum Verwandlungsprozeß der einst verfluchten deutschen Militaristen in begehrte Soldaten. Westdeutschland konnte diese gefährliche Aufgabe verkraften, da es zum Glück mehr Jahrhunderte gibt, in denen die Deutschen größere Freude an der Zipfelmütze als am Stahlhelm hatten.

Immerhin ist die deutsche Armee heute, 20 Jahre nach ihrem Zusammenbruch, die drittstärkste der Welt. Daneben besteht die Hoffnung auf Wiedervereinigung zwischen Ost- und Westdeutschland weiter und die jüngsten Meinungsbefragungen zeigten, wie stark diese Sehnsucht im Denken der Einzelnen verankert ist. Hiezu kommen die zur Zeit demokratisch kanalisierten Gefühle der Vertriebenen, die bei endgültigem Verzicht leicht die Dämme überfluten könnten.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiet gibt es Schwierigkeiten, die sich auf die europäische Bewußtseinsbildung retardierend auswirken. Bei einer Meinungsbefragung in Deutschland stellte sich heraus, daß rund 30 Prozent Selbständige (Bauern) vorwiegend negative Wirkungen von der EWG erwarten. Maturanten und Hochschulabsolventen sehen bei Befragung in der Mehrzahl ein Absinken der europäischen Einigungstendenzen während der letzten Jahre.

Man kann also von einer Renaissance des nationalstaatlichen Denkens in Europa sprechen und es ist notwendig, diese Rückbildung des europäischen Gedankengutes als eine alle angehende Gefahr zu charakterisieren. Sicher drängt sich der beruhigende Vergleich mit der ersten industriellen Revolution auf: Die Dampfmaschine brachte damals den deutschen Zollverein und die nationalstaatliche Einheit. Die zweite industrielle Revolution (Atomenergie, Elektronik und Automation) könnte daher erfahrungsgemäß den gemeinsamen Markt und die europäische politische Einheit bringen. Aber es gibt keine historische Automatik und die Geschichte räumt jeder politischen Idee nur eine bestimmte Zeitspanne ein, in der sie sich durchsetzen muß. Dann tauchen neue Leitbilder auf. Was kann gegen diese Entwicklung getan werden?

Es gibt bereits einen großen europäischen Mechanismus mit Politikern und Beamten, der sich hinter meist unverständlichen Formeln und Abkürzungen verbirgt. Im Dschungel dieser Institutionen ist es schwer, Wert und Unwert zu unterscheiden. Doch wir Europäer dürfen nicht die Schwächung dieser Kommissionen wünschen, sondern müssen für die Stärkung ihrer Befugnisse eintreten. Wenn dabei aber nicht parlamentarische Kontrollrechte, die bisher bei den nationalen Parlamenten waren, nutzlos preisgegeben werden sollen, muß die logische Konsequenz sein: Stärkung der Macht des europäischen Parlaments bis hin zur direkten Wahl.

Ein weites Feld der europäischen Bewußtseinsbildung bleibt gerade angesichts der großen Ausbildungsprojekte in Europa der allgemeinen Volksbildung überlassen. War im 19. Jahrhundert die sozialpolitische Frage das Zentralproblem, so ist es im 20. Jahrhundert die bildungspolitische. Bei den diesbezüglichen großen Anstrengungen der nationalen Behörden muß die europäische Bewußtseinsbildung **ihren** Platz sichern. Ein weiteres Feld tut sich bei der Vorbereitung des dritten Programms der Television in den europäischen Staaten auf. Hierher gehört auch das Internationale Schulbuchinstitut mit seinen ideologischen 'Entrümpelungsabsichten' und die Produktion von Lehrmitteln, zum Beispiel Atlanten aus gesamteuropäischer Sicht. Für Hochschüler müßte das Auslandsstudiumjahr obligat eingeführt werden und die Notifizierung von Diplomen und Universitätsgraden sollte mit der Freizügigkeit des Industriearbeiteraustausches Schritt halten.

Der europäische Jugendtourismus, der bereits stark subventioniert wird, wäre mehr auf Werkgemeinschaftsfahrten und weniger auf Vergnügungsaufenthalte abzustellen. Auch die Städte-Partnerschaften blieben bisher zu sehr im Repräsentativen stecken. Dem Abbau der nationalen Selbstüberwertung sollte eine Wissensmehrung über jene Pioniertaten gegenüberstehen, die nur aus der europäischen Gemeinsamkeit heraus erklärt werden können. Schließlich dürften die europäischen Nationen in Entwicklungsländern nicht getrennt auftreten, sondern das europäische Ganze repräsentieren und damit beispielsweise die europäische Integration als Vorbild für die afrikanische Integration empfehlen. Die letzte große Gefahr aber liegt in der Vereinigung des europäischen Denkens, das sich auf das Europa westlich der Demarkationslinie bezieht. Dafür ist die totale Sperre jeder Begegnung im kalten Krieg als Ursache anzusehen. Das darauffolgende Tauwetter hat - mit Ausnahme des Berlinproblems - neue Möglichkeiten gebracht.

Freilich muß der Transformationsprozeß im Osten sehr vorsichtig beobachtet werden, aber auch Osteuropa gehört zu unserer geistigen Welt."

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

19. Juni (RK) Im Anschluß an den Landtag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zu einer Sitzung zusammen. Es lagen vor: Vier Anfragen der KLS, drei Anfragen der ÖVP und zwei Anfragen der FPÖ. Ferner hatte die KLS zwei Anfragen eingebracht, zu denen der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt wurde. Die beiden Anfragen betreffen "Gerüchte über bevorstehende Tarif- und Gebührenerhöhungen" und "die Verheißung besonderer Verkehrsverbesserungen". Eine weitere Anfrage, zu der der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt wurde, hatte die FPÖ eingebracht, und zwar betreffend "Die Meldung einer Tageszeitung über beabsichtigte Tarifierhöhungen für Strom und Straßenbahn". Über die Anfragen wird vor Schluß der öffentlichen Sitzung abgestimmt werden.

Ferner lagen folgende Anträge vor: von der KLS, betreffend "Unverzinsliche Vorschüsse auf die Bezüge und die Ruhe- oder Versorgungsgenüsse"; von der FPÖ, betreffend "Öffentliche Ausschreibung der zur Besetzung gelangenden Dienstposten"; von der ÖVP, betreffend "Fahrbegünstigung für Zivilblinde"; betreffend "Zahlung einer Überbrückungshilfe aus Fürsorgemitteln für Kinder geschiedener Ehen"; betreffend "Überprüfung der Einführung sogenannter 'Lichtschleusen' bei Fußgängerschutzwegen"; sowie betreffend "freie Fahrt auf den Wiener städtischen Verkehrsmitteln für präsenzdienstleistende Bundesheerangehörige".

Wahl eines neuen Stadtrates

Durch den Tod von Stadtrat Bauer ist auch eine Stelle eines Gemeinderatsmitglieds im 6. Bezirk freigeworden. Bürgermeister Jonas teilte mit, daß er Kommerzialrat Heinrich Matza (ÖVP) berufen habe. Der neue Gemeinderat leistete sodann das Gelöbniß.

Für die Wahl eines Stadtrates wurde von der ÖVP Gemeinderat Dkfm. DDr. Pius Frutscher vorgeschlagen. Er wurde mit den Stimmen der ÖVP und SPÖ zum Stadtrat gewählt.

Nach der Annahmeerklärung der Wahl leistete Stadtrat Dkfm. DDr. Prutscher mit den Worten "Ich gelobe!" das vorgeschriebene Gelöbnis, "die Gesetze getreulich zu beobachten und seine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen!"

Bürgermeister Jonas unterbrach nun die Sitzung für kurze Zeit. Währenddessen traten die Mitglieder des Stadtsenats zu einer Sitzung zusammen, um nach der Verfassung den Vorschlag für die Wahl des Amtsführenden Stadtrates der Verwaltungsgruppe X (Wirtschaftsangelegenheiten) zu beschließen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wurde Stadtrat Dkfm. DDr. Prutscher mit den Stimmen der ÖVP und SPÖ zum Amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe X gewählt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

./.

Dkfm.DDr.Pius Michael Prutscher

=====

Amtsführender Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten

19. Juni (RK) Dkfm.DDr.Michael Prutscher wurde am 27.April 1913 als Sohn des Architekten und Tischlermeisters Hans Prutscher geboren. Er besuchte in Wien die Schulen und legte 1931 die Realgymnasiummatura ab. Der weitere Bildungsweg: 1934 Diplom-Kaufmann an der Hochschule für Welthandel, 1936 Promotion zum Doktor der Rechte an der Universität Wien, 1937 Promotion zum Doktor der Handelswissenschaften an der Hochschule für Welthandel. Vor der Matura auch praktische kaufmännische Tätigkeit, nach der Matura machte er die Tischlerlehre und legte 1937 die Gesellenprüfung und 1940 die Meisterprüfung ab. Während der Hochschulzeit war Dr.Prutscher auch in der Hochschülerschaft tätig, außerdem in der Meistersöhnevereinigung als Bildungsreferent und von der Meistersöhnevereinigung aus im 15. Bezirk im Bezirksgewerberat.

Seit 1936 arbeitete er im väterlichen Betrieb, nach 1938 zeitweise ausgeschieden und nach Absolvierung eines Wirtschaftsprüferlehrganges im Ausland tätig. Nach einer kurzen Kriegsdienstleistung wieder zurück in den väterlichen Betrieb.

Im Herbst 1945 provisorischer Leiter der Wiener Tischlerinnung, bei den darauffolgenden Wahlen zum Innungsmeister gewählt. Seit 1959 Bundesinnungsmeister. Hauptsächliche Tätigkeit: Gründung einer technischen Beratungsstelle im Jahre 1949, Gründung einer Werbe-Gemeinschaft des Tischlerhandwerkes und einer Reihe von anderen Einrichtungen, um den kleinen Betrieben entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip die nötigen Hilfen im Wettbewerb zu geben.

Beruflich im eigenen Betrieb und in den Wirtschaftsorganisationen des Tischlerhandwerkes tätig.

Seit 25. November 1945 gehört DDr. Prutscher dem Wiener Gemeinderat an, und war seit dieser Zeit Mitglied des Gemeinderatsausschusses VI. Seit 1959 Mitglied der Gemeinderätlichen Stadtplanungskommission, hat wiederholt als Vertreter der ÖVP an Tagungen teilgenommen, unter anderem auch 1955 an der Verkehrsenquete, war Sprecher der ÖVP in Stadtplanungs- und Verkehrsangelegenheiten, Mitarbeiter am Verkehrskonzept und Erholungskonzept der ÖVP, vor allem

auch an gemeinsamen Enqueten der Kammer der gewerblichen Wirtschaft und der Stadt Wien über die Frage Planung und Wirtschaft, gehört zu den Anregern und Gründern der Standortberatungsstelle. Zahlreiche Publikationen über Fragen der Wirtschaft und Planung, sowie über gewerbliche Probleme wurden von ihm verfaßt.

DDr. Prutscher ist seit 1939 verheiratet und hat fünf Kinder.

Am 19. Juni wurde DDr. Prutscher vom Wiener Gemeinderat in den Stadtsenat berufen und zum Amtsführenden Stadtrat für Wirtschaftsangelegenheiten gewählt.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

Hierauf erfolgte die Wahl eines neuen Mitglieds des Gemeinderatsausschusses VI, Bauangelegenheiten, da Stadtrat Dkfm. DDr. Prutscher dieses Mandat zurückgelegt hat. Zum neuen Ausschußmitglied wurde auf Vorschlag der ÖVP mit den Stimmen der ÖVP und SPÖ Gemeinderat Heinrich Matza (ÖVP) gewählt.

Subvention für Jugendturnen und Schwimmen

Der nächste Antrag, den GR. Pfoch (SPÖ) einbrachte, betraf eine Sondersubvention für die Durchführung des vierten ASKÖ-Bundeskindertreffens in Wien in der Höhe von 50.000 Schilling. GR. Pfoch wies auf die Tätigkeit des ASKÖ hin, der besondere Leistungen in der Förderung des Kinder- und Jugendturnens und Schwimmens erbringt und bat den Gemeinderat, die beantragte Subvention zu bewilligen.

Als einziger Debattenredner sprach dazu GR. Peter (FPÖ). Er nahm gegen den Antrag Stellung und begründete dies damit, daß er sagte, nur die Verbände von Großparteien empfangen Subventionen, nicht aber andere Sportverbände, die im gleichen Geiste für die körperliche Ertüchtigung der Jugend tätig seien.

Nach Schluß der Debatte antwortete GR. Pfoch als Berichterstatter darauf und meinte, daß jene Organisationen nicht von der Gemeinde unterstützt werden könnten, in denen der Geist der Demokratie nicht verwirklicht ist. Der Sportbeirat und der Gemeinderatsausschuß III haben sich jedenfalls einhellig für diese Subvention ausgesprochen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Subvention für sinnvolle Freizeitbeschäftigung

GR. Flanek (SPÖ) legte hierauf einen Antrag vor, dem Verein "Wiener Jugendkreis" zur wirtschaftlichen Führung der kulturellen Jugendzentren eine Subvention nach Maßgabe des Bedarfes bis zu einem Betrag von 400.000 Schilling zu gewähren. Der Berichterstatter umriß Tätigkeit und Aufgabenbereich der Jugendzentren, die die Jugend zu sinnvoller Freizeitbeschäftigung erziehen wollen. Die Organisation steht den meisten Jugendgruppen offen und wird vom Landesjugendreferat überwacht.

Zu dem Antrag meldete sich GR. Dr. Schmidt (FPÖ), der sich dagegen aussprach, daß für alle möglichen und unmöglichen Zwecke Subventionen gegeben werden, wobei die Jugendzentren zu den unmöglichen Zwecken zu zählen seien. Der Redner wies auf Kontrollamtsberichte hin, die an der Tätigkeit des Wiener Jugendkreises allerlei auszusetzen hatten. Geld für diesen Zweck sei wie zum Fenster hinausgeworfen, weshalb die FPÖ gegen diese Subvention sei.

GR. Lauscher (KLS) dagegen befürwortete als nächster Debattenredner den Antrag und betonte, daß für die Jugend nichts zu teuer sein dürfe. Es müsse für die Kulturerziehung und Freizeitgestaltung in Zukunft noch viel mehr Geld aufgewendet werden. Die FPÖ sei nur deshalb gegen die beantragte Subvention, weil sie Gott sei Dank im "Wiener Jugendkreis" keinen Einfluß habe.

Nach Schluß der Debatte führte GR. Flanek aus, daß die Einwände des Kontrollamtes, das einen besonders strengen Maßstab anlegt, nur deshalb erfolgt seien, weil die Jugendgruppen des Wiener Jugendkreises sich weithin selbst verwalten und darin eben zu wenig Routine besitzen. Während früher das Jugendamt die Kontrolle durchgeführt hat, sah man später die Verwaltung im Rahmen eines Vereines als zweckmäßiger an.

Die Freizeitgestaltung ist heute eines der schwierigsten pädagogischen Probleme. In allen Ländern werden diesbezügliche Experimente gemacht. Wien ist vor besonderen Halbstarckenexzessen sicher auch deshalb verschont geblieben, weil es sich im besonderen Maß um die Jugend kümmert. Die Jugendgruppen der FPÖ haben nur deshalb keinen

Zutritt zum Wiener Jugendkreis, weil das oberste Forum der Jugendverbände sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen hat. Dies deshalb, weil die FPÖ-Jugend nicht jene demokratische Qualifikation aufweist, die wünschenswert wäre. Man muß aus der Vergangenheit die Lehre ziehen, daß man vor der Ausbreitung antidemokratischer Tendenzen sehr auf der Hut sein muß. Jedenfalls hat nicht die Gemeinde, sondern das Forum der Jugend entschieden, daß die FPÖ-Jugend im Wiener Jugendkreis keinen Platz haben solle.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und KLS angenommen.

Neues Zentrum Münchenplatz

GR. Fürstenhofer (SPÖ) referiert sodann über einen Antrag, betreffend Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet zwischen Simmeringer Hauptstraße, Gasse I, Gasse II, Kaiser-Ebersdorfer Straße, Münchenplatz, Alberner Straße und Donauländebahn im 11. Bezirk. Damit soll für dieses Gebiet eine Neuordnung der Verkehrsführung und der Flächenwidmung ermöglicht werden. Der Regulierungsantrag bezweckt für den östlichen Teil dieses Gebietes die Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes nach den Bauvorschriften. Der am Münchenplatz liegende Teil ist als Zentrum mit öffentlichen Einrichtungen und Kaufläden vorgesehen. Hier soll eine dichtere Bebauung erfolgen, eine Schule, ein Kindergarten und ein Kinderfreibad errichtet werden und ein Erholungsgebiet mit öffentlichen Parkanlagen und Sportplätzen entstehen. Berücksichtigt muß auch der Bau einer Schnellstraße und die Errichtung eines in diesem Gebiet notwendig gewordenen Umspannwerkes werden.

GR. Ing. Lust (ÖVP) verweist darauf, daß sich eine große Zahl der vorliegenden Anträge mit Bausperren oder Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen beschäftigt. Durch sie soll für unser Gemeindegebiet eine zweckmäßige Nutzung ermöglicht und Ordnung in die Bebauung gebracht werden. Eine wirklich gute Lösung kann aber auch auf diesem Sektor nur dann erfolgen, wenn alle zuständigen Stellen gehört und die einzelnen Wünsche beraten und koordiniert werden.

Politische Gesichtspunkte dürften hier keinesfalls mitentscheidend sein. Darüber hinaus darf nicht nur auf die städtischen Interessen Rücksicht genommen werden, sondern auch auf das persönliche Eigentum. Sicherlich sei es wünschenswert, große Bauflächen nach gewissenhaft ausgearbeiteten Strukturplänen gestalten zu können. Das soll aber nicht in erster Linie nur durch die Stadtverwaltung geschehen, sondern auch durch Zuziehung der Grundeigentümer. Der Redner regt in diesem Zusammenhang die Schaffung einer Aufbaugemeinschaft an und fordert die rasche Verabschiedung eines Kommissierungsgesetzes. Durch die Vereinigung von bebauten und unverbauten Grundstücken zu einer großen Baufläche und deren Aufteilung auf alle Grundeigentümer könnte eine einheitliche Verbauung unter Wahrung des Eigentumsrechtes erfolgen. Schließlich müßte die Gemeinde alles fördern, was zum Bau von Wohnungen auf breiter Basis führt. (Der Redner wird in seinen weiteren Ausführungen, die sich mit dem Fachbeirat beschäftigen, vom Vorsitzenden, Bürgermeister Jonas, unterbrochen und ersucht, zum Thema zu sprechen.) GR. Ing. Lust tritt für die zweckmäßigere Zusammensetzung des Fachbeirates ein und eine enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Gemeindestellen. Alle großen Bauvorhaben sollten in Zukunft nicht ohne die tatkräftige Mitwirkung des Fachbeirates unter Einsatz der freischaffenden Architekten und Ingenieure ausgearbeitet werden. Dies zu fördern, sollte unsere Aufgabe sein, damit die Arbeit der Stadtverwaltung nicht eine einseitige Form erhält, sondern eine Gemeinschaftsleitung aller damit beschäftigten Baufachleute ist.

Bürgermeister Jonas stellt nach den Ausführungen von GR. Ing. Lust nochmals fest, daß dieser nicht zum Thema gesprochen hat.

GR. Fürstenhofer verweist im Schlußwort darauf, daß GR. Ing. Lust als Mitglied des Bauausschusses dort ausreichend Gelegenheit hat, die aufgezeigten Dinge zu diskutieren. Er wundert sich auch darüber, daß Ing. Lust, der ja Präsident der Ingenieur- und Architektenkammer ist, darauf vergessen hat, daß in der Bauordnung festgelegt wurde, daß der Fachbeirat völlig unabhängig ist. Wir können daher den Anregungen des Ing. Lust nicht nachkommen. Außerdem dürfte ihm bekannt sein, daß Prof. Niedermoser als Mitglied des Fachbeirates Mitglied der Gemeinderätlichen

Planungskommission ist und dort zu den verschiedenen Bauvorhaben Stellung nehmen kann.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Verlängerung der Bausperre beim Arsenal

Hierauf beantragt GR. Pfoch (SPÖ), die Bausperre über das Gebiet beiderseits der Lilienthalgasse, zwischen Arsenalstraße und Dirmoserstraße im 3. Bezirk, um ein weiteres Jahr zu verlängern, um nach Abschluß der generellen Planung des Autobahnknotens Landstraßer Gürtel die Arbeiten zum Abschluß bringen zu können.

GR. Hahn (ÖVP) verweist darauf, daß hunderte Bundesbeamte voll Sehnsucht auf eine Wohnung warten, und hebt hervor, daß auf diesem Gelände weitere 300 Wohnungen errichtet und damit das Wohnungsbedürfnis von zirka 1.000 Personen befriedigt werden könnte. Seit zwei Jahren geht jetzt das Tauziehen um den Weiterbau, immer wieder werden vom Magistrat neue Argumente vorgebracht, obwohl Stadtrat Heller bereits im Februar 1963 eine baldige positive Erledigung zusicherte. Es drängt sich die Frage auf, wann alle Bedenken zerstreut sind bzw. welche neue Bedenken noch vorgebracht oder an den Haaren herbeigezogen werden. Der Redner appelliert an den Stadtrat, die bereits im vergangenen Jahr versprochene Änderung des Flächenwidmungsplanes durchzuführen, damit auch der Bund dazu beitragen kann, die Wohnungsnot in Wien zu lindern. Die Wohnungsuchenden erwarten, daß die vielleicht aus politischen Gründen schleppend geführten Verhandlungen rascher zu einem positiven Abschluß gebracht werden und die neuerliche Bausperre vor Ablauf der Frist aufgehoben wird.

In seinem Schlußwort verweist Berichterstatter Pfoch darauf, daß es in Hinblick auf die gegebenen Verhältnisse richtig wäre, dieses Gelände als Industriegebiet zu erklären. Stadtrat Heller sieht sich der Situation gegenübergestellt, auf der einen Seite die berechtigten Wünsche für den Wohnungsbau, auf der anderen Seite alle ablehnenden Gutachten aller Fachstellen berücksichtigen zu müssen. Wenn Stadtrat Heller seine Verhandlungsbereitschaft bekundet hat, so bleibt das auch in Hinkunft aufrecht.

Der Antrag wird hierauf einstimmig angenommen.

Neue Nordsüd-Straßenverbindung

Den nächsten Verhandlungsgegenstand bildet der Antrag, die Errichtung einer Straßenbrücke über der Süd- und Verbindungsbahn im Zuge der Wienerbergstraße in Wien 12 grundsätzlich zu genehmigen. Der Antrag wird von GR. Helene Potetz (SPÖ) vorgelegt.

GR. Nora Hiltl (ÖVP) schildert in anschaulicher Weise die Verkehrsschwierigkeiten, die sich infolge der Umbearbeiten beim Übergang von der Lainzer Straße zur Speisinger Straße ergeben, wo sich durch den oftmals herabgelassenen Bahnschranken nicht nur lange Autokolonnen bilden, sondern auch die Rettungsautos mit Patienten für das Lainzer Krankenhaus oder den Rosenhügel warten müssen. Die Rednerin plädiert dafür, in Verhandlungen mit der Bundesbahn zu treten, um für diese Straßenbahn-Kreuzungen moderne Lösungen durch Unter- oder Überführungen zu finden, und so den Verkehr flüssig gestalten zu können.

GR. Fischer (SPÖ) begrüßt im Namen der Meidlinger Bevölkerung die Errichtung der Brücke. Er ersucht aber, daß die Brücke eine Schrägführung bekommt. Bei einer geraden Führung müßte das Kinderfreibad in der Hohenbergstraße abgebrochen werden und die Oswaldgasse wäre abgesperrt. Außerdem ersuchte der Redner, die Brücke möglichst rasch zu bauen.

Im Schlußwort unterstützt GR. Helene Potetz die Ausführungen des sozialistischen Debattenredners. Zu der ÖVP-Sprecherin meint sie, wir kennen die Misere der Verbindungsbahn und wissen, daß in den nächsten Jahren das Hindernis behoben sein wird.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Referentin einstimmig angenommen.

"Hebebühne" für Straßenbahnwagen

GR. Lenc (SPÖ) referiert einen Antrag, den Entwicklungsauftrag eines Trenn- und Bindestandes mit einem Kostenaufwand von 750.000 Schilling zu bewilligen. (Es handelt sich dabei um eine Art Hebebühne für Straßenbahnwagen, die in der zukünftigen neuen Hauptwerkstätte zur Produktivitätssteigerung Verwendung finden soll. Wagenkasten und Drehgestelle können dadurch getrennt repariert und dann auf den Ständen wieder zusammengebaut werden. Die Reparaturzeiten werden auf diese Weise erheblich verkürzt.)

GR. Schiller (SPÖ) verweist darauf, daß in der gegenwärtigen Hauptwerkstätte die schlechtesten Betriebsverhältnisse herrschen und begrüßt, daß durch die Entwicklung dieser Einrichtung in Zukunft die Reparaturen wie am Fließband abgewickelt werden können.

GR. Hahn (ÖVP) stimmt seinem Vorredner zu und bemerkt, daß die Verhältnisse in der Hauptwerkstätte von der ÖVP wiederholt zur Sprache gebracht wurden. Er hoffe auch, daß über das Investitionsprogramm für die Wiener Stadtwerke dem Gemeinderat von Vizebürgermeister Slavik bald berichtet werden wird.

GR. Lanc unterstreicht im Schlußwort noch einmal die Bedeutung dieser Einrichtung.

Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Vorschüsse für die Beamten

Vizebürgermeister Slavik (SPÖ) berichtet über das Verhandlungsergebnis über die Bezugsregelung für die öffentlich Bediensteten. Es wurde vereinbart, mit 1. August 1964 eine Erhöhung um vier Prozent durchzuführen, mindestens 80 Schilling. Gleichzeitig soll die große Haushaltszulage von 100 auf 150 Schilling erhöht werden. Bis zur Beschlußfassung des betreffenden Gesetzes durch den Landtag beantragte der Referent eine Bevorschussung damit die neuen Bezüge rechtzeitig ausgezahlt werden können. Die Kosten der Gehaltserhöhung belaufen sich auf jährlich 169 Millionen Schilling, davon entfallen 75,4 Millionen auf die Stadtwerke.

GR. Maller (KLS) betont, daß die vier Prozent nicht einmal die erhöhten Lebenskosten ausgleichen. Die Leistungssteigerungen der Gemeindebediensteten werden nicht berücksichtigt. Der Redner verweist dazu auf den Personalmangel bei den Verkehrsbetrieben und in den Spitälern. Seine Fraktion halte die Erhöhung der Bezüge für zu gering, sie werde aber trotzdem dem Antrag zustimmen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bedauert, daß bei den Verhandlungen immer wieder der Termin möglichst weit hinausgeschoben wird und fragt, ob es die Gemeinde Wien notwendig hat, in diesen Fragen immer mit dem Bund konform zu gehen.

Der Sprecher bedauert, daß die Kinderzulagen nicht in die Erhöhung einbezogen seien. Die Erhöhung der Haushaltszulage sei kein ausreichender Ausgleich für Familien mit mehreren Kindern. Der Sprecher regt an, die Frage der Valorisierung der Kinderzulage auch ohne ein diesbezügliches Vorgehen des Bundes auf Gemeindeebene in Erwägung zu ziehen.

GR. Weisz (SPO) geht als nächster Debattenredner auf die Ausführungen des Sprechers der KLS-Fraktion ein, dessen Forderung er als voraussehbar bezeichnet. Gegen eine solche Lizitationspolitik haben doch alle vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sich mit der hier besprochenen Erhöhung der Bezüge einverstanden erklärt. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten hat vom 1. Mai 1963 bis 1. August 1964 Gehaltserhöhungen im Ausmaß zwischen 13 und 20 Prozent durchgesetzt. Jetzt stand zur Wahl, entweder einen niederen Prozentsatz zu einem früheren Zeitpunkt oder einen höheren Prozentsatz zu einem späteren Zeitpunkt zu bekommen. Man hat sich aus gutem Grund für letzteres entschieden. Die Beträge, die die Gewerkschaft für die Gemeindebediensteten erreichen konnte, sind nicht gering. Die Regelung der Kinderzulage jedoch kann nicht allein Sache der öffentlich Bediensteten sein, sondern aller Arbeitnehmer.

Im Schlußwort stellt Vizebürgermeister Slavik fest, daß es sich diesmal ja eigentlich nicht um eine vierprozentige, sondern sogar um eine 4,36prozentige Erhöhung handelt.

Zum Thema Preiserhöhungen: Wenn wir in den Verhandlungen begonnen hätten, mit dem Index zu operieren, wären wir heute noch nicht fertig. Der Index ist keine praktische Verhandlungsbasis. Man ging daher von den Tatsachen aus - den Angestellten ist schließlich der Index nicht so wichtig wie ein höherer Lohn.

Personalmangel: Es ist eine Tatsache, daß sich heute niemand um einen kontinuierlichen Dienst reißt, ebenso wenig um einen Dienst an Sonntagen und Feiertagen, und Personal für schwere Reinigungsarbeiten zu bekommen, ist bekanntlich auch äußerst schwierig. Das ist jedoch überall so, nicht nur im öffentlichen Dienst.

Gemeinsames Vorgehen: Einem gemeinsamen Vorgehen stehen verschiedene Hemmnisse entgegen. Trotzdem sollte der Versuch unternommen werden, zu gemeinsamen Lösungen zu kommen.

Kinder- und Haushaltszulage: Hier ergibt sich ein großes Problem: Diese Zulagen erhalten nur die öffentlich Bediensteten, alle übrigen bekommen die Kinderbeihilfe. Es handelt sich hier also um ein gewisses Vorrecht der öffentlich Bediensteten. Der Grundsatz einer einheitlichen Familienförderung in ganz Österreich ist daher an sich vollkommen richtig. Diesmal wurde bei der Forderung der Gewerkschaft nach einer 50prozentigen Erhöhung der Kinder- und Haushaltszulage ein Kompromiß gefunden.

In der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Subvention für Haus der Jugend

GR: Pfoch (SPÖ) stellt anschließend als Berichterstatter den Antrag, dem Verein "Haus der Wiener Jugend" eine Sonder-subvention bis zu einer Höhe von 80.000 Schilling zu gewähren. Dieser Betrag soll vor allem dazu verwendet werden, den Terrassensaal im Haus der Wiener Jugend zu einem Mehrzwecksaal umzubauen. Das Haus der Wiener Jugend im 8. Bezirk, Zeltgasse 7, ist seit 1963 in Betrieb. Bisher haben dort 42 Jugendgruppen ihre Heimabende und Zusammenkünfte veranstaltet; insgesamt hatte das Haus bis jetzt mehr als 40.000 junge Besucher.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) weist den in der heutigen Sitzung erhobenen Vorwurf zurück, daß die FPÖ gegen die Jugend sei. Sie ist nur gegen eine bestimmte Politik, die die Jugendfragen mit zweierlei Maßstäben mißt. Als im Jahre 1962 die Adaptierung des ehemaligen Schulgebäudes für Zwecke eines Hauses der Wiener Jugend auf der Tagesordnung stand, haben die Freiheitlichen hierfür ihre Zustimmung gegeben, und zwar in der Erwartung, daß dieses "Haus der Jugend" in Zukunft allen Jugendorganisationen zur Verfügung stehen wird. Der Verein Haus der Jugend wird ja schließlich von der Stadt Wien, vom Gewerkschaftsbund, der sich überparteilich nennt, und von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien unterstützt. Leider hat sich dann nachträglich herausgestellt, daß das Haus der Jugend nur jenen Jugendorganisationen zugänglich ist, die dem Bundesjugendring angehören. Den "Ring freiheitlicher Jugend" hat man aber bisher nicht als würdig befunden, in den Bundesjugendring aufzunehmen, weil er angeblich noch keine Beweise seiner demokratischen Gesinnung erbracht hat. Ja was sollen denn diese Jugendlichen als Beweis erbringen?

Sie haben sich zur Demokratie und zum österreichischen Vaterland bekannt. Trotzdem wird immer wieder gesagt, daß sie antidemokratisch und antiösterreichisch sind. Wer bestimmt in Österreich eigentlich wer ein Demokrat ist und wer nicht? Ähnlich geht es der österreichischen Alpenvereinsjugend, deren Aufnahme bisher gleichfalls verweigert wurde. Anscheinend sind für diese Weigerung rein materielle Gründe ausschlaggebend, denn so kann man die Subventionen unter sich aufteilen. Das Bekenntnis zur schwarz-roten Koalition scheint anscheinend höher zu stehen, als das Bekenntnis zur Demokratie.

GR. Pfösch stellt fest, daß GR. Dr. Schmidt seine Ausführungen zu einer Polemik gegen den Österreichischen Bundesjugendring benützt hat. Wir haben hier aber nicht über den Bundesjugendring abzustimmen, sondern darüber, ob wir dem Haus der Wiener Jugend zur Komplettierung seiner Einrichtung eine Sondersubvention gewähren wollen oder nicht.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und der KLS angenommen.

Fünf weitere Pensionistenklubs

GR. Maria Hlawka (SPÖ) stellt den Antrag auf Errichtung von fünf weiteren Pensionsitenklubs. In der Betriebsperiode 1964/65 werden dann nicht wie bisher 87 Klubs zur Verfügung stehen, sondern 92. Der Antrag beinhaltet auch die Bewilligung der Gesamtkosten für den Betrieb der Pensionsitenklubs in der Periode 1964/65 in Höhe von rund 5,4 Millionen Schilling, ferner die Festsetzung der Entschädigung für Leiter und Helfer und den Abschluß der Verträge über die Lieferung von Kaffee, Mürbgebäck, Mehlspeise und Mittagsmenü. Die Rednerin ersucht um Annahme des Antrages.

GR. Leopoldine Schlinger (SPÖ) verweist darauf, daß sich diese Pensionsitenklubs aus den ehemaligen Wärmestuben heraus entwickelt haben. Heute setzen sich die Besucher dieser Klubs zu 87 Prozent aus Pensionisten und nur zu rund 13 Prozent aus Dauerbefürsorgten zusammen.

Ein Viertel der Wiener Bevölkerung ist heute mehr als 60 Jahre alt und größtenteils handelt es sich um alleinstehende Menschen, die in den Pensionistenklubs Geselligkeit finden. Die Fürsorge der Stadtverwaltung und Freundschaften, die sich angebahnt haben, geben den Alleinstehenden das Gefühl, nicht verlassen zu sein. Die Stadtverwaltung sorgt durch kulturelle Veranstaltungen auch für die Geselligkeit und die Unterhaltung der alten Menschen. Wir wollen auf diesem Weg aber nicht stehen bleiben, sondern die Klubs weiter ausbauen und ihre Zahl vergrößern.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende, GR. Fürstenhofer, stellt fest, daß die GR. Lauscher und Genossen (KLS) einen Antrag, betreffend Gerüchte über bevorstehende Tarif- und Gebührenerhöhungen eingebracht und die Verlesung und Besprechung verlangt haben. Zur Begründung der Anfrage erteilt er GR. Lauscher (KLS) das Wort. Dieser weist darauf hin, daß die Nachricht über Gebührenerhöhungen von keiner Seite dementiert wurde und daher eine gewisse Beunruhigung in der Bevölkerung entstanden ist. Leider ist es so, daß nach Wahlen meistens die Tarife erhöht werden. Es wäre im Interesse der Bevölkerung gelegen, wenn der Finanzreferent eine für die Bevölkerung beruhigende Erklärung abgeben könnte, daß an solche Tarifierhöhungen nicht gedacht sei.

Der Antrag wird mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Hierauf begründet GR. Maller (KLS) die Dringlichkeit seiner Anfrage, betreffend die Versprechung besonderer Verkehrsverbesserungen. Unter Bezugnahme auf eine Radiorede des Bürgermeisters kritisiert er, daß beim Ausbau des Schnellbahnsystems die Vorortelinie völlig außer acht gelassen wurde. Außerdem möchte er nähere Auskünfte über die geplante unterirdische Verbindung zwischen Wiedner Hauptstraße und Praterstraße.

Auch in diesem Falle wird mit dem gleichen Stimmenverhältnis der Antrag auf Verlesung und Besprechung der Anfrage abgelehnt.

Den Antrag auf Besprechung der FPÖ-Anfrage an den Stadtrat für Städtische Unternehmungen, betreffend die Meldung einer Wiener Tageszeitung über beabsichtigte Tarifierhöhungen für Strom und Straßenbahn, vertritt GR. Dr. Schmidt. Wie er ausführt, muß man auf Grund der Meldung dieser Tageszeitung annehmen, daß irgend etwas in der Luft liegt. Man müßte der Wiener Bevölkerung noch vor den Wahlen reinen Wein einschenken.

Es ist zu befürchten, daß dem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkannt wird, aber keine Antwort ist ja auch eine Antwort.

Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP verfällt auch dieser Antrag der Ablehnung.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Berichtigung

=====

19. Juni (RK) Auf Blatt 1643 der heutigen "Rathaus-Korrespondenz" soll es in der ersten Zeile des letzten Absatzes anstelle von "Erster Landtagspräsident Marek" richtig heißen: Zweiter Landtagspräsident Mühlhauser.

- - -

Weltpostkongreß im Wiener Rathaus

=====

19. Juni (RK) Anlässlich des XV. Weltpostkongresses gab die Stadt Wien heute abend im großen Festsaal des Wiener Rathauses einen Empfang, an dem tausend Delegierte mit ihren Begleitpersonen teilnahmen. Bürgermeister Jonas konnte auch Minister Probst und Staatssekretär Rösch sowie viele Vertreter des Diplomatischen Corps begrüßen. Von Seiten der Stadt Wien nahmen Vizebürgermeister Slavik, Vizebürgermeister Mandl und die Stadträte Dr. Glück, Heller, Koci und Sigmund an dem Empfang teil.

Vorher hatte sich der Weltpostvereins-Amtsleiter Dr. Weber im Roten Salon des Rathauses in das Goldene Buch der Stadt Wien eingetragen.

- - -

Ehrenring für Professor Böhm, Goldene Ehrenmedaille für Direktor Hilbert
 =====

19. Juni (RK) Der Wiener Gemeinderat beschloß heute eine Reihe von Ehrungen verdienter Wiener Persönlichkeiten.

Generalmusikdirektor Dr. Karl Böhm erhält in Würdigung seiner außerordentlichen künstlerischen Leistungen anläßlich der Vollendung seines 70. Lebensjahres den Ehrenring der Stadt Wien.

Operndirektor Dr. Egon Hilbert wird in Würdigung seiner besonderen künstlerischen Leistungen anläßlich der Vollendung seines 65. Lebensjahres die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien in Gold verliehen.

Die gleiche Auszeichnung erhalten der Pädagoge Hofrat Dr. Hans Fischl anläßlich der Vollendung seines 80. Lebensjahres in Würdigung seiner besonderen Leistungen auf dem Gebiete der Schulreform und der a.o. Univ.-Prof. Dr. Gustav Stratil-Sauer in Würdigung seiner besonderen Verdienste um die Wissenschaft anläßlich der Vollendung seines 70. Lebensjahres.

- - -

Vor Abschluß des 7. Europa-Gesprächs
 =====

19. Juni (RK) Das 7. Europa-Gespräch, das am 16. Juni unter dem Motto "Wo steht Europa heute?" in der Wiener Volkshalle begann, brachte heute nachmittags interessante Beiträge von Politikern und Journalisten aus Deutschland und Frankreich über die europäische Bewußtseinsbildung. Am Abend hielt der Generalsekretär der EFTA, Figgures, ein grundlegendes Referat über die wirtschaftliche Prosperität der in dieser Organisation vereinigten Länder und ging besonders auf die Erfolge ein, die der österreichische Außenhandel im Rahmen des EFTA-Warenverkehrs zu verzeichnen hatte.

Morgen Samstag findet das Europa-Gespräch im Wiener Rathaus seinen Abschluß. Bundesminister Dr. Kreisky referiert um 10 Uhr über den Fortschritt der Integration des demokratischen Europa, die Schlußansprachen halten Bürgermeister Jonas und Vizobürgermeister Mandl.

- - -

Bürgermeister Jonas kondolierte Frau Blanka Moser
 =====

19. Juni (RK) Bürgermeister Jonas hat heute früh sofort nach dem Bekanntwerden vom Ableben des populären Schauspielers Hans Moser an seine Witwe ein Kondolenzschreiben gerichtet, in dem es heißt:

"Tief erschüttert vom plötzlichen Hinscheiden eines der volkstümlichsten Wiener Schauspieler, spreche ich Ihnen und Ihrer Familie im Namen der Stadt Wien und im eigenen Namen mein aufrichtiges Beileid zu Ihrem schweren Verlust aus. Mit dem Namen Hans Moser war echtestes Wienertum mit all seinen Vorzügen und Schattenseiten verbunden, das war einer der Gründe für die überaus großen Erfolge, die diesem hervorragenden Mimen beschieden waren. Seine Menschen-darstellung war von Echtheit durchdrungen und gewann gerade dadurch jene Ausstrahlung, die für den begnadeten Künstler typisch ist. Seine außerordentlichen Verdienste um Wien wurden durch die Verleihung des Ehrenringes und der Josef Kainz-Medaille der Stadt Wien gewürdigt, sein Andenken wird aber bei all jenen unvergeßlich bleiben, die er mit seiner Kunst erfreute."

Ehrengrab der Stadt Wien für Hans Moser

Hans Moser wird auf Anordnung des Bürgermeisters in einem Ehrengrab der Stadt Wien im Zentralfriedhof unmittelbar neben der letzten Ruhestätte von Prof. Schönbauer beigesetzt werden. Das Begräbnis findet am Mittwoch, dem 24. Juni, um 15.30 Uhr, statt. Die Aufbahrung des Toten erfolgt in der Karl Lueger-Gedächtniskirche. An der Grabstätte selbst wird ein Kranz der Stadt Wien niedergelegt werden.

- - -

Umbau der Taborstraße
 =====

19. Juni (RK) Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte nunmehr die Kosten für den Umbau der Fahrbahn und der Gehsteige der Taborstraße im 2. Bezirk, und zwar im Abschnitt Heinestraße-Nordbahnstraße. Die Kosten betragen 4,7 Millionen Schilling.

- - -

Amtseinführung von Stadtrat DDr. Pius Prutscher
=====

19. Juni (RK) In den Räumen des Amtsführenden Stadtrates für Wirtschaftsangelegenheiten wurde heute der Nachfolger des verstorbenen Stadtrates Franz Bauer, Dkfm. DDr. Pius Prutscher durch Bürgermeister Jonas in sein neues Amt eingeführt. Mit dem Bürgermeister hatten sich Magistratsdirektor Dr. Ertl, hohe Beamte der Stadtverwaltung und Vertreter des Gewerkschaftsbundes eingefunden.

Bürgermeister Jonas gab seinem Bedauern Ausdruck, daß es Stadtrat Bauer nicht mehr vergönnt war, bis zum Ende der Legislaturperiode in dem Amt zu bleiben, an dem er mit ganzem Herzen hing. Sich an den neuen Stadtrat wendend meinte der Bürgermeister, daß dessen Geschäftsgruppe dem Umfang nach nicht die bedeutendste sei, aber ein besonderes spezifisches Gewicht besäße, da sie mit dem leiblichen Wohl der Wiener Bevölkerung zu tun habe. Stadtrat DDr. Prutscher übernehme die Geschäftsgruppe nunmehr geordnet, nachdem die Nachkriegsschwierigkeiten überwunden sind.

An die zukünftigen Mitarbeiter des neuen Stadtrates richtete Bürgermeister Jonas den Appell, dieselbe Loyalität und Treue, die sie Stadtrat Bauer entgegengebracht haben, auch Stadtrat DDr. Prutscher zuzuwenden. Er gratulierte dem neuen Stadtrat zu seiner Wahl und wünschte ihm viel Erfolg und wenig Schwierigkeiten bei seiner Arbeit.

In seiner Dankadresse sagte Stadtrat DDr. Prutscher, es sei ihm ein besonderes Bedürfnis, in dieser Stunde die Arbeit zu würdigen, die hier in den vergangenen vierzehn Jahren unter Führung Franz Bauers geleistet wurde. Er würdigte die Tätigkeit des verstorbenen Stadtrates im einzelnen und sagte abschließend: "Unser aller Dank an den verewigten Stadtrat Bauer und mein Dank an Sie, seine Mitarbeiter, für das bereits Erreichte soll darin liegen, daß wir die Aufgaben, die uns der Tag, diese Zeit und die Zukunft stellen, nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen trachten."

Europa-Gespräch 1964, Forumdiskussion:"Sammlung von Gesichtspunkten über die Bedeutung Europas für die Welt"
=====Diskussionsbeitrag von Univ.-Prof. Dr. René Marcic

19. Juni (RK) Zur Forumdiskussion im Rahmen des Europa-Gesprächs 1964. brachte heute nachmittag der Vorstand des Instituts für Rechts- und Staatsphilosophie der Universität Salzburg und Chefredakteur der "Salzburger Nachrichten", Univ.-Prof. Dr. René Marcic einen Beitrag zum Thema "Sammlung von Gesichtspunkten über die Bedeutung Europas für die Welt". Der Redner führte unter anderem aus:

"Stellt man sein Auge scharf auf die innere Bewegung der Weltgeschichte ein, gewinnt eine eigenartige Gesetzlichkeit Gestalt. Wie Europa, so atmet die Welt; jede Auseinanderfallung wie jede Kontraktion bestimmt das Geschehen des Erdkreises. Ich glaube nicht, daß die Dinge in Zukunft einen anderen Lauf nehmen werden, ich suche nicht nach Verifizierung; trotzdem freut es mich, daß ich ein Werk nennen darf, welches jüngst im Verlag der Universität Chicago unter dem Titel erschienen ist: 'The Rise of the West', als dessen Verfasser William H. McNeill, Vorstand des Geschichtsinstituts und Professor der nämlichen Hochschule, sich ausweist. Ins Deutsche übersetzt heißt der Titel: 'Der Aufstieg des Abendlandes!.

Der Gesichtspunkt, worunter solche Überlegungen zu entwerfen sind, scheint den Blick auf die Behauptung von der Europäisierung der Welt freizugeben.

Was ist gemeint? Es sind jene Baugesetze der Universalgeschichte des Menschen gemeint, die die Bedingung der Möglichkeit schaffen, daß Menschen überhaupt zusammenleben. Ich meine die Welt der Rechtswerte, worin in einer wunderbaren Weise die Einheit des Menschengeschlechts und die unvergängliche Fundamentalstruktur des Menschen volle Transparenz erlangen.

Ein europäisches Bewußtsein, wenn anders es nicht eine Leerformel (vide) sein soll, muß auf festem Grund wachsen. Die Welt der Rechtswerte eignet sich dafür, ein fester Boden zu sein. Von der Frage der europäischen Integration aber hängt der Integrationsprozeß der Welt ab.

Die Welt erfährt gegenwärtig - allem Schein zum Trotz - eine heimische Europäisierung. Nicht chinesische, japanische, indische, afrikanische, nicht arabische und nicht indianische, auch nicht orientalistisch-sowjetische, - sondern europäisch-abendländische Lebensformen sind das Ziel, das zu erreichen sich alle Völker der Erde bemühen. Dem Schwund der europäischen Machtherrschaft folgt eine Wertherrschaft in der heutigen Lebensweise der Nationen, die andere Kontinente bewohnen. Wir sind stille Zaungäste eines geräuschlosen Siegeszuges der Formen, der Worte, die Werte anzeigen: Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Recht, Friede, Rechtsstaat, Verfassungsstaat, Völkerrechtsstaat, Demokratie, Republik, Parlament usf. usf. Es drängt ein unsichtbarer Siegeszug der Lebensgehalte nach, die von Europa geprägt worden sind.

Darin nimmt das Recht im staatlichen wie im zwischen- und überstaatlichen Leben einen der ersten Ränge ein. Wir müssen davon ausgehen, daß wir nicht mehr in einer geschlossenen christlichen Gesellschaft leben, der eine festgefügte gemeinsame Ethik zugrundeliegt, die das Gewissen aller beherrscht; wir müssen der gesellschaftlichen Sachlage und der Vielfalt der Humanismen und Scheinhumanismen mutig ins Antzlitze schauen. Einst, im geschichtlichen Vorraum zur christlichen Zeit, war es das Recht gewesen, und das sind die Normen des äußeren Verhaltens des Menschen in der Gesellschaft, die die Denkgewaltigen Griechenlands und Roms zusammengeführt hatten: den Bestand der gemeinsamen Rechtswerte nennt man Naturrecht; besser wäre der Ausdruck Seinsrecht. Spät in der Neuzeit wurden das Wissen von einem Seinsrecht und das christliche Gewissen erstickt. Eine neue Phase jenes Kreislaufes hob an, der in steter Wechselwirkung Recht und Moral aneinander wachsen ließ. Wladimir Sergejewitsch Solowjew sagt: 'Das Recht ist die untere Grenze der Moral'.

Wir Heutigen bewegen uns wieder in einer Art Vorraum. Wir müssen unsere gesamte Spannkraft darauf verwenden, jene Elemente eines gesamt menschlichen Seinsrechts zu heben und zu verflechten, die zumal den Grund des katholischen Christentums bilden, ohne daß wir religiös-konfessionelle Kategorien und Argumente in die Diskussion zu werfen brauchen. Zwei Beispiele mögen uns die vielleicht noch unbedachten Chancen einer weisen europäischen Friedens-

strategie enthüllen! Wenn wir in der Präambel zu der Satzung der 'Vereinten Menschenrechte'; vom Glauben 'an die Würde und den Wert der menschlichen Persönlichkeit'; von der 'Achtung der Menschenrechte' und den 'Grundlagen der Freiheit für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache' lesen; von den 'Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts', die 'zu unterstützen und zu fördern' es gilt: dann ist hier dem europäischen Rechtsdenken eine geistige, gleichsam selbsttätige Unterwanderung von gewaltigen, schier unermesslichen Ausmaßen geglückt. Denken wir daran, daß es gelungen ist, christliche, sozialistische und liberale Humanisten auf den gemeinsamen Nenner der Menschenwürde zu bringen. Die unverwüstliche Frische und unbesiegbare Potenz der europäisch-abendländischen Rechts- und Staatslehre sind es, daß sie sich auf die frühgriechischen Denker und Tragödiendichter, auf die Sophisten, auf Plato und Aristoteles, Polybios und Plutarch, auf Cicero und die römischen Juristen Paulus, Ulpian, Gaius und Florentinus berufen kann, auf Autoritäten also, die im Vorraum des Christentums wirken. Die Kirchenväter und Kirchenlehrer haben die Ansätze ausgebaut, die angelegten Gedanken fortgeführt und vertieft; wohl entscheidende Durchbrüche vollzogen, doch nie die Reichweite des von der Antike gewonnenen Geländes verlassen. Immerwährend arbeitet die Einsicht des Menschen in das Wirken des Seinsrechts an jenem Zaun der Formen des Zusammenlebens, woran Ethik und Moral ihren äußeren Halt suchen und sich stets von neuem aufzurichten vermögen.

Wir bewegen uns gegenwärtig mitten in jener Etappe des genannten Kreislaufes, da die Moral sich am Recht emporzuranken trachtet.

Die Gegenwartsgesellschaft wird mit Fug und Recht vom Berner Soziologen Professor Behrendt als ausgesprochen dynamisch gekennzeichnet. Solche Dynamik bedingt vorerst den Pluralismus der Gegenwartsgesellschaft und je pluralistischer sich unsere Gesellschaft gestaltet, desto schwerer wiegt der Wert des Rechts, das die Ordnung des menschlichen Zusammenlebens herstellt, bewahrt entfaltet und sichert.

Ein ähnliches Bild tritt in unseren Gesichtskreis, wenn wir erwägen: Je mehr Menschen auf einem je kleineren Raum zusammenleben, desto höher lodert die Flamme der Aktualität des Rechts.

Die Reibungsflächen verengen sich: nur das Recht rettet die Situation. Daß die Zukunft uns eine Bevölkerungsexplosion verheißt, zählt längst zu den Binsenweisheiten. Ebenso ist es ein Gemeinplatz schon, daß die Technik im allgemeinen, und die Technik der Kommunikation im besonderen, die Abstände verringert: wir sind Zeugen einer steten Schrumpfung der Dimensionen, in denen wir leben. Solchermaßen nimmt das Gewicht des Rechts unaufhaltsam zu.

Der dritte Aspekt, der die Konturen der Rechtsform als des entscheidenden Lebensgesetzes der Menschen in randscharfe Blickfeld bringt, ist das kosmische Bewußtsein der Zeit, unserer Zeit. Die Raumschiffe und Raumfahrer, die Kosmonautik und die Kosmonauten indizieren für jedermann, was ansonsten nur kleine Fachkreise wahrnehmen: den gewaltigen, unermeßlichen Ausweitungsvorgang des erkennbaren Weltalls. Kosmisches Denken hat stets in der Geschichte, namentlich unter der Herrschaft der griechischen und römischen Stoa, tiefes Rechtsbewußtsein erzeugt, dergestalt, daß die Menschheit sich als Einheit, daß der Mensch sich nicht bloß als Bürger dieses oder jenes Staates, vielmehr als Bürger des Weltalls, als Kosmopolit erfährt, der unter der Herrschaft des Rechts die Früchte des Friedens genießt. Kosmisches Denken ist alleweile Rechtsdenken; kosmische Weltauffassung ist allemal Rechtsauffassung; kosmisches Bewußtsein ist immerzu Rechtsbewußtsein universaler Natur.

Schon in den untersten Schulen, in den Volksschulen, werden die Kinder durch die ungezählten Erfindungen fasziniert, mit deren Hilfe die Menschheit auf dem Weg des Fortschritts dahinzieht. Von allen möglichen erregenden, umstürzenden Erfindungen ist die Rede. Vom Rad, vom Schießpulver, vom Dynamit, von der Uhr und dergleichen mehr. Allein, von einer Erfindung liest man kaum jemals etwas, noch hört man davon - und doch scheint sie mir eine der gewaltigsten, wenn nicht die kühnste aller Erfindungen zu sein: Woran denke ich? Ich denke an den Tag und an den Ort, da und wo der Mensch zum erstenmal gewagt hat, selbst Recht zu setzen und das gesetzte Recht in eine Satzung zu fassen. Das Auftauchen des Phänomens der Gesetzgebung bedeutet in der Menschheitsgeschichte die Erfindung der Kunst, Recht in der Form des Gesetzes zu erzeugen. Bis dahin hatte der Mensch geglaubt, außerstande zu sein,

Recht zu setzen; er hatte sich damit zufrieden gegeben, imstande zu sein, vorhandenes Recht, vorgefundenes Recht einzufangen, zu bannen und anzuwenden, zu vollziehen, zu befolgen.

Die Gegenwart ist eine an Symbolen dürftige Zeit. Ob dies dem Menschen zum Vorteil oder zum Nachteil gereicht - diese Frage sei nicht erörtert. Gleichviel, die Symbolarmut ist ein Tatbestand.

Doch hier in Wien wohnen wir in einem Wald von Symbolen, der weit in die reiche Vergangenheit des europäischen Menschen und fern in die Zukunft des kosmischen Menschen sich erstreckt.

Wie Byzanz und später Moskau, so hat Wien die Erbschaft Roms angetreten, das legitime Erbe gewissenhaft verwaltet.

Das Unwandelbare, das allen Wandelbaren des Romgedankens zugrundeliegt und wirkt, die Konstante aller Variablen ist die Idee der Rechtseinheit der Menschenwelt, wobei - es sei wiederholt - der Hauptakzent auf der Rechtsqualität der Einheitsgemeinschaft ruht. Einheit, sei sie rechtlich-politische Einheit eines rein weltlichen Reichs, sei sie Einheit, rechtliche Einheit einer Kirche, sei sie Einheitsprinzip einer humanistischen Lebensform, sei sie Einheitsprinzip einer Kultur oder Zivilisation - diese Einheit ist allemals unter den Zeichen Roms gesucht und, wenn auch jeweils mit Abstand, gefunden worden. Gleichermaßen ist im Osten Byzanz das Sinnbild einer universalen Rechtsordnung der Menschheit, die auf die transzendente Ordnung der Wahrheit verweist.

Hingegen verstärkt der Rechtsakzent der Romidee sich, als: in Westen, nach langen und beschwerlichen Irrfahrten, in Wien das Sinnbild der universalen Menschenordnung aufgerichtet wird:

Abermals soll ein ungewöhnlicher Aspekt freigelegt werden: Die Gerichtsbarkeit (a total judicial review) zählte zu den tragenden Elementen des alten Reiches und in dieser geschichtlichen Tatsache liegt ein Wunder verborgen, worüber man ebenfalls schweigt: daß es nämlich seltsamerweise ausgerechnet auf den Kerngebieten des alten Reiches nie eine große Revolution gegeben hat. Warum ist in Österreich, warum ist im Kerngebiet des alten Deutschen Reiches keine umstürzende Revolution jemals ausgebrochen? Weil es im alten Reich durch die Gerichtsbarkeit immer ein Ventil gegeben hat, wo die Empörung des Unrechts entweichen konnte.

Weil der Kaiser als rechtslegitimer und demokratisch beauftragter Monarch, als Rechtsherrscher betrachtet wurde, stand reichsverfassungsmäßig die Möglichkeit fest, über ihn Gericht zu halten und ihn abzusetzen. Die Doktrin der Staatsraison, wonach es Utilitäten gibt, die über allen Moralitäten, Legitimitäten und Legalitäten stünden, für welche Doktrin Niccoló Macchiavelli als Protoautor steht, hat im Kaiserreich nie recht Fuß fassen können: Kaiser Karl V. hat ein Werk, das zu seinen Gunsten die Staatsraison verfochten hatte, verbrennen lassen. Machtstreitigkeiten waren alleweil als Rechtskämpfe, Rechtsstreitigkeiten aufgefaßt, verstanden, interpretiert und ausgetragen worden.

Wie das rechtsstaatliche Element, ebensowenig erlischt das demokratische Bewußtsein.

Mit Nachdruck beruft sich Friedrich II. auf den Wahlakt, wodurch ihm das Fürstenamt zugefallen ist, auf die electio. Die Reichstradition schöpfte nicht nur aus der römischen Ideen- und Institutionengeschichte der demokratischen Republik und des Rechtsstaates, sondern auch aus den Werken der Kirchenväter und Kirchenlehrer.

Rechtsstaat und Demokratie werden auf dem alten Kontinent dort verlassen, wo die Wirkkraft des Reiches aussetzt.

Anschließend soll die Aufzählung jener Rechtswerte erfolgen, die das Bild des Abendlandes, wozu historisch gesehen auch Byzanz gehört, prägen:

1. die konkrete Würde jedes Einzelmenschen und daraus folgt:
2. daß der Mensch niemals Objekt der politischen Herrschaft, sondern immer Subjekt der Staatsgewalt, also Mitwirker am politischen Herrschaftsprozeß sein muß.

3. Alle Menschen sind ihrer Natur nach a priori frei und in dieser Freiheit gleich. Deshalb haben ja auch alle großen Denker der Antike und des Mittelalters und mit ihnen die klassischen römischen Juristen die Sklaverei abgelehnt. Nur Aristoteles war dagegen und nannte als Bedingung für die Abschaffung des Sklaventums den Anbruch jener Zeit, in der sich 'das Weberschiffchen von selbst bewegt'. Heute ist dieser Zustand bereits erreicht.

4. Die Menschenrechte wurden als subjektive, personale, individuelle Naturrechte erfaßt, der Anspruch darauf erst unter dem Einfluß des Alten und Neuen Testaments konzipiert. Die Struktur

des christlichen Verhältnisses zwischen Mensch und Gott ermöglichte diesen Entwurf persönlich-individueller Menschenrechte. Ihre Konzeption ist ein Geschenk des Judentums und Christentums an alle Völker der Erde.

5. Trotz scheinbarer gegensätzlicher historischer Ereignisse ist Europa und namentlich das Christentum die Geburtsstätte und der Hort des Toleranzgedankens.

6. Im gleichen Gedankenraum, namentlich bei Thomas von Aquin, findet sich erstmals die thematische und systematische Darlegung des menschlichen Rechts über das irrende Gewissen.

7. Auch die These vom Gemeinwohl, was nichts mit der sogenannten Staatsräson zu tun hat, ja im Gegenteil, die Grenze gegenüber der Staatsgewalt bildet, ist von europäischen Staatslehren, namentlich in der englischen Welt, entwickelt worden.

8. Der Gehorsam ist durch die Rechtsmäßigkeit des Befehls bedingt und die Geschichte des Abendlandes ist eine Geschichte des Widerstandsrechts gegen andersgeartete Befehlsgewalt. Alles, was Europa den Völkern der Welt schenkt, wäre nicht denkbar ohne den Entwurf eines präpositiven, transzendenten oder a-priorischen Rechts, das die Maße beistellt, womit die Macht geeicht wird: das **Naturrecht** ist hier die Elle.

9. Führende europäische Geister haben das Völkerrecht konzipiert, das weiteste Reservoir, woraus alle Nationen der Gegenwart sich Kraft zur eigenen Existenz holen. Während das Völkerrecht im katholischen Naturrechtsdenken wurzelt, kommt das Prinzip von Treue und Glauben, das für Freund und Feind gilt, aus der geistigen **Substanz** des Römischen Imperiums.

10. Der europäische Rechtsstaat ist die einzig denkbare Staatsform seit der Zeit der Griechen und Römer, des christlichen Mittelalters und der erwachten Neuzeit. Entweder der Staat ist ein Rechtsstaat oder er ist überhaupt kein Staat, sondern nur ein Machtgebilde.

11. Die Demokratie als Rechtsherrschaft ist eine ewige Gabe der Antike an die Völker der Welt. Die großen christlichen Lehren Europas bauen darauf auf.

12. Als Rechtsstaat gilt nur jenes Machtgebilde, wo die Herrschenden, oder der Herrscher, kraft demokratischer Legitimation auf Grund eines Wahlaktes ihren Auftrag erhalten haben.

13. Die öffentliche Meinung gilt seit der Antike als zuverlässiges Wahrheitskriterium.

14. Die Eigenwürde der Politik ist in ihrer Seinsordnung bedingt.

15. Typisch europäisch ist schließlich der Verfassungsstaat, der ein Gemeinwesen mit gegebenem Primat der Verfassung und richterlichem Prüfungsrecht einschließt. Daran fügt sich als Krone einer einheitlichen Menschheits-Gesellschaft die nunmehr aktuell gewordene obligatorische internationale Gerichtsbarkeit."

- - -

Europa-Gespräch 1964:

Beiträge zur Forumdiskussion "Die Europäische Bewußtseinsbildung in
=====

der Öffentlichkeit als Faktor der weiteren Integration"
=====

19. Juni (RK)

Dr. Hans Christ, Studienleiter des Europa-Hauses Marienberg, Bundes-
republik Deutschland:

"Die Einigung Europas als die Hauptaufgabe unserer Gegenwart ist vorerst nur in zwei verschiedenen Rahmen Gestalt geworden. Ein schnelles Wachsen der äußeren Anatomie, doch was noch weithin fehlt, sind die "Inneren Organe" oder - wie es Professor Hallstein einmal ausdrückte: das "den Rahmen bis an den Rand mit Leben zu erfüllen!"

Damit ist der Volks- und Erwachsenenbildung eine große Aufgabe gestellt. Den Bürgern bewußt zu machen, aus welchen Voraussetzungen sie leben und ihnen, den Bürgern, zur Aufgabe zu machen, daraus auch die politischen Konsequenzen zu ziehen. Die Existenz fast aller Menschen in Europa ist heute mit tausend Fäden mit Faktoren verknüpft, die über ihr engeres Vaterland hinausführen. Was wir essen und trinken, was wir gebrauchen und was wir anziehen, ist weithin schon das gemeinsame Werk der verschiedenen Menschen in Europa, die schon vielfach miteinander arbeiten, ohne es richtig zu wissen. Fehlt nur noch den politischen und geistigen Horizont so zu erweitern, daß er ganz Europa umschließt. Die freien Kräfte haben also das "Knochengerüst" der vorhandenen Institutionen blutvoll zu umspülen, damit der äußeren Form Europas auch der lebendige Inhalt entspricht. Nicht in einem formalen Einswerden im Sinne eines uniformen Zuschnittes, sondern im Einigwerden bei bestehender Vielfalt!"

Jean Moreau, Abteilungsleiter im gemeinsamen Presse- und Informations-
dienst der europäischen Gemeinschaften, Brüssel:

"Eine starke Majorität der Bürger der sechs Länder der Gemeinschaft (ungefähr 70 Prozent) erklärt, daß sie der Integration Europas günstig gegenübersteht. Aber diese positive Haltung ist ziemlich passiv, schlecht unterrichtet, wenig bewußt der wirtschaftlichen und politischen Probleme, welche den Aufbau Europas bedingen, also letzten Endes von nur wenig Gewicht.

Die ganze Bemühung um eine europäische Information und Erziehung, welche die Dienste der europäischen Gemeinschaften bei bestimmten Kategorien von "natürlichen Körpern" oder bei "multiplikativen Körpern" entfalten: bei Erziehern, sozio-ökonomisch Arbeitenden, Gewerkschaftern, verantwortlichen Landwirten, politischen Kodres, welche für die verschiedenen Informationsmittel verantwortlich sind, muß nicht nur darauf hinzielen, ihnen zum Bewußtsein zu bringen, daß es sich bei diesem Aufbau Europas um Peripetien und um politische Kämpfe handelt, welche diese Integration unvermeidlicherweise mit sich bringt, sondern besonders um die neuartige "europäische Dimension", innerhalb welcher sie selbst nachdenken und handeln müssen, sowohl auf der Ebene des Staatsbürgers wie auch auf der Ebene des Berufes."

+

Dr. Gerhard Neumann, Europarat, Straßburg:

"Jeder einzelne muß in die europäische Bewußtseinsbildung einbezogen werden. Seinem Charakter nach legt der Europarat sein Schwergewicht auf die Zusammenarbeit der Regierungen seiner Mitglieder - auch auf dem Gebiete der Erziehung, der kulturellen und wissenschaftlichen Angelegenheiten.

Wege zu einer engeren Koordination auf dem Gebiete des Schulwesens werden zur Zeit vor allem beschränkt durch a) Förderung der staatsbürgerlichen Erziehung, b) Verbesserung der Schulbücher, c) vergleichende Darstellungen auf verschiedenen Gebieten des Erziehungswesens.

Wichtig ist aber auch die Zusammenarbeit mit privaten Organisationen, die sich die Förderung des europäischen Bewußtseins auf allen Gebieten zur Aufgabe gesetzt haben und die vor allem auch Lehrer und Schüler in ihre Arbeit einbeziehen. Hier kommt den Europahäusern eine besondere Bedeutung zu."

+

Achiel Gustaaf Samoy, Chefredakteur der "Benelux-Nieuws", Belgien:
Belgien, Benelux und Europa heute

A.G. Samoy behandelt in seinem Referat folgende Fragen: "Warum haben die Regierungen der Benelux Länder im Exil in London bereits im September 1944 das Abkommen der Wirtschaftsunion unterzeichnet? Welche Erfahrungen haben die drei kleinen Länder und ihre 20 Millionen Einwohner mit dieser Integration? Welche Vor- und Nachteile ergeben sich dadurch für die belgische Wirtschaft und Bevölkerung? Hat Brüssel eine Chance als Hauptstadt der Vereinigten Staaten Europas? Ist eine Zollunion zwischen E.G. und EFTA noch möglich?"

Am 1. Jänner 1948 trat die Benelux-Zollunion in Kraft. Erstens wurde ein gemeinsamer Außentarif sofort wirksam und zweitens wurden die Einfuhrzölle zwischen Belgien, Luxemburg und den Niederlanden sofort abgeschafft. Im Oktober 1949 wurden die meisten Einfuhrkontingente abgeschafft, im Juli 1954 wurde ein Protokoll über den freien Kapitalverkehr in Benelux unterzeichnet. Andere Protokolle haben die Zollunion zu einer Wirtschaftsunion umgewandelt. Vor dem Kriege lieferte Belgien ungefähr zwölf Prozent seiner Gesamtausfuhr nach Holland, heute sind es 22 bis 23 Prozent. Belgische Industrie und Handel versorgen 19,5 bis 20 Prozent der gesamten holländischen Einfuhr. Die Niederlande, die nach dem Kriege schwer durch den Verlust Indonesiens getroffen wurden, fanden in Belgien einen guten Absatzmarkt für die Erzeugnisse ihrer jungen Industrie. Im Jahre 1963 hatte der Benelux-intra-Handelsverkehr einen Wert von insgesamt 100 Milliarden Franken oder zwei Milliarden Dollar.

Das Experiment Benelux wurde zu einem Zeitpunkt gewagt, da die belgischen Löhne 30 bis 40 Prozent über die niederländischen Löhne hinaus gestiegen waren. Im Jahre 1953 war es daher nötig, einige Maßnahmen zu treffen, um die Einfuhr aus Holland etwas zu bremsen. Die starke Zunahme des internen Beneluxhandels führte zu engeren Kontakten bei den Banken, Versicherungsgesellschaften und in der Industrie. Die beiden elektrotechnischen Gesellschaften, Philips für Holland und A.C.E.C. für Belgien, erbauten bis jetzt drei neue Fabriken auf einer fifty-fifty Basis. Holland war vor dem Kriege ein Handels- und Agrarstaat, besaß ausgebaute Häfen mit dem Kapitalmarkt in Amsterdam. Nach dem Kriege mußte Holland eine ganz neue

Industrie aufbauen. Die Wirtschaftsunion hat die Konkurrenz teilweise noch verschärft. Als Beispiel dafür seien erwähnt die Konkurrenz zwischen Antwerpen und Rotterdam. Erst jetzt sieht man in diesen beiden Städten ein, daß Zusammenarbeit der Nordseehäfen gegen die protektionistischen Tendenzen im internationalen Transport, welche sich in Frankreich und auch in Deutschland stark durchsetzen, notwendig ist. Es steht fest, daß Belgien heute viele Erzeugnisse nach Holland liefert, die es vor dem Kriege nur in bescheidenem Umfang exportierte. Die belgische Industrie hat die quasi Monopolstellung, die Deutschland auf dem holländischen Markt hatte, gebrochen. Im großen und ganzen aber hat der Handelsverkehr zwischen Benelux und der übrigen Welt nicht abgenommen, im Gegenteil.

Die ersten Bestrebungen zum Abschluß einer Zollunion mit Holland tauchten in Belgien bereits im Jahre 1905 auf.

Man muß zugeben, daß die drei Benelux-Regierungen Benelux zu sehr als ein Regierungsgeschäft angesehen haben.

In Belgien fürchteten die Industriellenkreise der Verbrauchsgüterindustrie, daß die niedrigen holländischen Löhne die belgische Industrie ruinieren würden. Es bildete sich eine anti-Benelux Front "Sibelux". Man könnte meinen, daß eine große Informations- und Erziehungskampagne nötig war. Doch Benelux wurde verwaltungsmäßig recht bescheiden gehalten. Das einzige ständige Organ ist das (statutengemäß) von einem Holländer geleitete Generalsekretariat mit Sitz in Brüssel, welches etwa 30 bis 40 Beamte beschäftigt, die mit der administrativen Koordination betraut sind. Etwa 200 bis 300 Beamte der drei Regierungen sind nebenberuflich bei der Benelux-Organisation beschäftigt. Diese Organisation kostet die drei Regierungen ungefähr zwei Millionen D-Mark, das heißt so gut wie nichts, verglichen mit dem Budget der Hallstein Kommission in Brüssel, die mehr als 2.000 Beamte beschäftigt und über 100 Millionen Mark pro Jahr kostet. Jetzt, nach 16 Jahren Benelux, kann man mit Sicherheit behaupten, daß die Öffentlichkeit die Verdienste des Benelux-Experiments anerkennt und Belgien, Holland und Luxemburg in der größeren Konstruktion des Euromarkts zusammenhalten müssen. Spaak und Luns waren die "Opposition" gegen die Politik von General de Gaulle.

Das Beispiel Benelux lehrt uns vor allem, die falsche Furcht vor den Problemen der Integration abzulegen. Als europäisches Integrations-Laboratorium und als Zollunion darf Benelux weiter bestehen. In Belgien glaubt man, daß die EWG die große Revolution unserer Zeit ist. Die ganze Kraft der belgischen Politik und Wirtschaft wird seit dem Verlust des Kongos im Jahre 1960 auf die Integration der belgischen Wirtschaft im Gemeinsamen Markt eingesetzt. Die wirtschaftliche Integration ist irreversibel, es gibt keinen Weg zurück! Das konnte man feststellen, als vor einem Jahr die Besprechungen mit England scheiterten. Fünf Euromarkt-Länder und Regierungen waren wütend über die Haltung des Präsidenten de Gaulle. Aber jeder wußte sofort, daß die Vorteile der Europäischen Zollunion schon so stark in der Wirtschaft der Sechs durchwirkten, daß man die schon erreichten Resultate nicht aufs Spiel setzen konnte.

Wenn in einer Europäischen Zollunion der Innenhandel zum Beispiel zwischen den Sechs vom Euromarkt und den Sieben der EFTA stark und schnell zunimmt, dann kann man aus der Entwicklung eben so klar sehen, daß der Handel mit der übrigen Welt abnimmt oder in seiner Expansion gelähmt wird. Wenn die europäische Wirtschaft aber durch Fusionen, durch eine starke Zusammenarbeit in gemeinschaftlichen Exportgesellschaften, durch gemeinsame Exportvertretungen im Ausland, noch viel stärker und konkurrenzfähiger geworden ist, dann wird Europa die in der Welt verlorengegangenen Exportgebiete zurückgewinnen. Die wirtschaftliche Integration lohnt sich sowohl für die Verbraucher als auch für die Industriellen, Techniker, Händler und Arbeiter. Sie bringt viele Vorteile und wenig Nachteile. Man sagt, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit institutionell auf schwachen Füßen steht, weil sie nicht durch eine politische Union geschützt und geleitet wird.

Die Europäische Politische Gemeinschaft stellt für kleine Länder wie die drei Benelux-Länder eine große Schwierigkeit dar. Es ist logisch, daß Belgien und Holland gern sehen würden, daß England und zum Beispiel die Skandinavischen Länder oder Österreich in dieser Europäischen Gemeinschaft eine Rolle spielen. Dadurch könnte ein besseres europäisches und demokratisches Gleichgewicht hergestellt werden.

Es erhebt sich die Frage, ob nach den letzten Erfahrungen noch eine Zusammenarbeit zwischen EWG und EFTA möglich ist. Benelux

versucht, in dieser politischen Konstellation eine versöhnende Rolle zu spielen. Früher oder später werden EWG und EFTA zusammenkommen. Die belgische Regierung hat sehr viel getan, damit die Kommission der EWG in Brüssel richtig arbeiten konnte. Vier große, moderne Verwaltungsgebäude wurden sofort zur Verfügung gestellt. Die Beamten konnten zwischen 3.000 bis 4.000 leerstehenden Wohnungen in Brüssel wählen. Brüssel beweist jeden Tag mehr, daß es die wirkliche Hauptstadt Europas ist.

Seit 1945 leben wir in Frieden und blicken in eine Zukunft, die noch viel größere Wohlfahrt bringen wird als die erstaunliche Entwicklung in den letzten Jahren uns bereits gebracht hat. Dies verpflichtet uns aber auch zu größerer Verantwortlichkeit. Wir können in der heutigen Welt nicht weiterleben als eine Insel des Luxus, sondern sollten mehr tun für die Entwicklungsländer Asiens und Afrikas.

Die weitere Integration Europa's wird nicht ohne große Schwierigkeiten vor sich gehen. Die Schwierigkeiten der EWG auf dem Gebiete der Agrarpolitik sind gar nichts wenn man sie vergleicht mit den viel größeren Problemen, welche im Laufe der weiteren Integration auftauchen werden. Angesichts dieser Situation fassen wir unsere Standpunkte über die Notwendigkeit einer Europäischen Bewußtseinsbildung in folgenden Punkten zusammen:

Bis jetzt hat die Europäische Konkurrenz weder in der EWG noch in der EFTA große Opfer gefordert. Die Hochkonjunktur hat die Bildung der Europäischen Zollunion sehr stark erleichtert. Eine wirkliche Konkurrenz zur Eroberung der Europäischen Märkte hat es noch nicht gegeben.

Bei der Agrarischen Integration ist es zum Beispiel nicht wünschenswert, daß deutsche, französische, italienische und luxemburgische Bauern weiter von einer zu großen Protektion gegen die holländische und belgische Konkurrenz profitieren.

Die Experimente mit der Schließung von Kohlengruben in Belgien (Borinage), Frankreich und Deutschland haben bewiesen, daß es sehr gut möglich ist, die dabei auftretenden sehr wichtigen sozialen Folgen durch Subventionen und durch eine soziale Politik zu lösen.

Die europäischen Behörden sollten bei ähnlichen Fällen sofort und kräftig eingreifen und beweisen, daß sie eine politische Linie haben. Wenn in bestimmten Gebieten der EWG beziehungsweise EFTA

Integrationsschwierigkeiten auftauchen, sollte die europäische Behörde sofort eine Informationskampagne starten. Denn in bestimmten Gebieten wird früher oder später die unfreundliche Wahrheit ruckbar werden, daß bestimmte Industriezweige die Konkurrenz der mehr spezialisierten oder produktiven Industrie anderer Gebiete der EWG oder EFTA nicht gewachsen sind. In einer Periode der Deflation oder weniger starken Hochkonjunktur könnten solche Schwierigkeiten zu großer Arbeitslosigkeit führen. Es ist doch unverantwortlich, zu denken und zu schreiben, daß die Welt in der Zukunft von Depressionen nichts mehr zu fürchten haben wird.

Man sollte in einer solchen Periode der Deflation auch nicht zu viel auf den Mut der Nationalen Regierungen bauen. Diese werden sofort probieren, die Schwierigkeiten mit allen möglichen Scheinlösungen verkappter Protektion usw. zu lösen.

Die Europäischen Institutionen, die statusgemäß dazu in der Lage sind, sollen den Gedanken an das Zusammengehen von EWG und EFTA lebendig halten, zum Beispiel: der Conseil de l'Europe, die Weteuropäische Union, Comité Monnet, Konferenz der Europäischen Verkehrsminister, Bilderberg Organisation usw.

Die europäische Geschichte müßte durch eine Kommission europäischer Historiker aufs neue geschrieben werden, damit die noch stets starken chauvinistischen nationalen Strömungen gemildert werden können und wenigstens die Jugend klarer sieht als die vorigen europäischen Generationen. Es muß sehr gut möglich sein, die Geschichte Europas zu schreiben ohne daß den verschiedenen Völkern Leid angetan wird.

Die Kirchen sollen die europäischen Gedanken unterstützen durch die Beschleunigung der Oecumenischen Zusammenarbeit.

Der ursprüngliche Plan der europäischen Universität soll wieder bearbeitet und durch EWG und EFTA Institutionen gemeinsam verwirklicht werden.

Die EWG und EFTA Ministerräte sollen sich so bald wie möglich über ein europäische Legitimations- oder Reisedokument einigen. Mit der Belgischen carte d'identité reist der belgische Tourist heute schon von Norwegen bis auf Rodos. Warum nicht für jeden Europäer eine (vorläufig) nationale carte d'identité mit großeuropäische Bereich? In der Bewußtseinsbildung wäre diese national europäische carte d'identité ein psychologisch sehr wichtiger Schritt.

Jedes Jahr sollten die Staatsoberhäupter Europas in einer anderen Hauptstadt Europas zusammentreffen, jedes Jahr soll ein "Europa-Tag" organisiert werden.

In den nationalen Investierungsbudgets sollen die europäisch wertvollen Infrastrukturprojekte, wie europäische Autobahnen, absolute Priorität bekommen.

Das europäische Bewußtsein wird nur durch ein Zusammenfließen von hunderten größeren und kleineren Arbeiten entstehen. Vielleicht könnten "brain trusts" sich mit dieser Imaginationstätigkeit und Initiative beschäftigen."

+

Dr. Henk Waltmans, Europahaus Borgharen, Niederlande:

"Wir dürfen die Bedeutung der europäischen Informationsarbeit wie die Massenkommunikationsmittel sie in Bericht, Information, Interpretation und Kommentar teilweise geben, nicht unterschätzen. Doch benötigen wir mehr als faktische Information und größere Einsicht, namentlich politische Bildung im engeren Sinn, gerichtet auf die Bestimmung des Verhaltens, das Treffen von politischen Entscheidungen und das politische Handeln im europäischen Sinne.

Wir brauchen ein europäisches Staatsbewußtsein und darum europäische staatsbürgerliche Bildung."

- - -

Europa-Gespräch 1964:"Österreich und die EFTA"

=====

Referat von Frank E. Figgures

19. Juni (RK) Im Rahmen des Europa-Gesprächs 1964 hielt heute abend der Generalsekretär der EFTA, Frank E. Figgures, C.M.G., Großbritannien, ein Referat über das Thema "Österreich und die EFTA". Der Referent führte unter anderem aus:

"Die hervorstechende Tatsache dieser letzten 19 Jahre ist, daß wir es, zumindest in Westeuropa, erreicht haben, unsere Wirtschaft in einer solchen Weise zu organisieren, daß im ganzen Gebiet ein hohes Beschäftigungsniveau herrscht. Die Arbeitslosigkeit, welche der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen ihren Stempel aufgedrückt hatte, ist fast zur Gänze verschwunden. Wir haben erreicht, unsere Hilfsquellen fast bis zu ihrer Grenze einzusetzen. Wir sind über diese Errungenschaften fast blasirt geworden und vergessen nur allzu leicht, wie stark die nationale und internationale Lage in Europa und der gesamten industrialisierten Welt dadurch verändert worden ist.

Worauf ist die Veränderung der Lage zurückzuführen? Ich bin ganz sicher, daß der größere Wohlstand und das vermehrte Wirtschaftswachstum in Westeuropa deshalb Wirklichkeit geworden sind, weil wir willens waren, die Konsequenzen und Verpflichtungen, die sich aus der wirtschaftlichen Integration ergaben, auf uns zu nehmen, angefangen von der OEEC, und weiter bis zur EFTA und EWG, in deren Institutionen die Abhängigkeit unserer Wirtschaftssysteme voneinander ihren Ausdruck gefunden hat. Beide Organisationen sehen den Abbau und die schließliche Beseitigung der Handelsschranken vor.

Ich habe besonderen Nachdruck auf die europäische Lage im Laufe der Nachkriegsjahre gelegt. In keinem Teile Europas ist die Entwicklung zufriedenstellender und interessanter verlaufen als in Österreich, wo während der Fünfziger- und Sechzigerjahre ein bemerkenswert starkes, andauerndes Wirtschaftswachstum herrschte. Es war tatsächlich dasjenige von den EFTA-Ländern, in dem sich der wirtschaftliche Aufschwung am augenfälligsten äußerte. Jahr für Jahr wuchs hier der Wohlstand stetig an, die industrielle Produktion

stieg ständig und die Investitionen verdoppelten sich in den Fünfzigerjahren. Gleichzeitig machte sich eine deutliche Verlagerung der Arbeitskräfte von der Landwirtschaft auf den Handel und die Industrie bemerkbar, womit eine tatsächliche Zunahme der landwirtschaftlichen Ergiebigkeit und Produktion Hand in Hand ging. Beachtlich war, daß neue und immer verschiedenartigere Erzeugnisse produziert und exportiert wurden, und daß die Produktion von Energie im ganzen Lande in bemerkenswerter Weise zunahm. Das ist die Geschichte, die man aus den eher trockenen Statistiken herauslesen kann. Das Bruttonationalprodukt nahm während der Fünfzigerjahre wertmäßig um 5.6 Prozent pro Jahr zu. Das ist eine höchst beachtenswerte Leistung. Die Lage des österreichischen Außenhandels hat sich völlig gewandelt. Die Exporte (im Verhältnis zum Bruttonationalprodukt) sind von 14.5 Prozent im Jahre 1950 auf 25.3 Prozent im Jahre 1963 angestiegen, von etwa 500 Millionen Dollar in den frühen Fünfzigerjahren auf rund 1,3 Milliarden Dollar heute. In ähnlicher Weise ist der Anteil der Importe von Waren und Dienstleistungen von 18.6 Prozent im Jahre 1950 auf 25.3 Prozent im Jahre 1963 angewachsen.

Die Exporte Österreichs haben 25 Prozent des Bruttonationalprodukts erreicht. Es ist daher nicht erstaunlich, daß Österreich, wie alle übrigen westeuropäischen Länder, daran interessiert ist, daß der Prozeß der Liberalisierung des Handels anhält, und daß keine neuen Schranken den Handel zwischen den Staaten hemmen.

Was aber sind diese Güter, die Österreich exportiert und denen es diesen außerordentlichen Exportzuwachs im Laufe der letzten 14 Jahre verdankt? Österreich ist lange Zeit ein traditioneller Exporteur von Rohstoffen, Halbfertigwaren und bestimmten landwirtschaftlichen Sondererzeugnissen gewesen. Die Exporte dieser Produkte sind auch in der letzten Zeit etwas angestiegen und sie sind noch recht bedeutend. Im Verhältnis zu anderen Exporten gehen sie aber von Jahr zu Jahr zurück. Die Quellen des neuen Wohlstandes Österreichs liegen aber anderswo, in Erzeugnissen der chemischen Industrie, Maschinen, Transportmitteln und ganz allgemein in Fertigfabrikaten, alles Waren mit bedeutendem "Mehrwert", welcher den Fähigkeiten der österreichischen Industrie und Geschäftsführung zu verdanken ist.

Es gibt da Produkte, von denen die österreichische Industrie festgestellt hat, daß sie sie liefern kann, und in denen sie sich höchst wettbewerbsfähig erweist. ./.

Die Zweifler, die noch vor zehn Jahren fragten, ob die österreichische Industrie je dem Wettbewerb mit dem Ausland standhalten könne, haben durch diese Leistungen die richtige Antwort erhalten. Es liegt hier ein deutlicher Beweis vor, daß Österreich fähig ist, fremder Konkurrenz zu begegnen und im neuen Klima zu blühen.

Es ist nicht erstaunlich, daß sich Deutschland, Italien und Osteuropa unter den bedeutendsten Abnehmermärkten Österreichs befinden, namentlich was die Ausfuhr von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten anbetrifft. Es ist unwahrscheinlich, daß diese Produkte einmal aufhören werden, im österreichischen Export eine Rolle zu spielen, doch ist es kaum anzunehmen, daß sie je in bedeutenden Mengen anderswohin als nach ihren natürlichen, benachbarten Absatzmärkten exportiert werden. Doch wie steht es mit dem Wirtschaftswachstum? Und woher kommt der neue Wohlstand?

Die österreichischen Exporte an seine EFTA-Partner bestehen zum überwiegenden Teil aus Fertigprodukten, aus Erzeugnissen der Wachstumsindustrien, die seit 1959 fast zweieinhalbmal so schnell gewachsen sind als die Exporte nach der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder der übrigen Welt. Während die österreichischen Exporte von Nahrungsmitteln und Rohstoffen nach der EWG 37 Prozent ausmachen, betragen sie nur zwölf Prozent seiner Exporte nach der EFTA. Der Rest besteht aus Halbfertigprodukten mit weit höherem "Mehrwert". Es freut mich, feststellen zu können, daß der Anteil der EWG an den Gesamtexporten Österreichs nicht gefallen ist. Er hat sich um 50 Prozent herum gehalten. Aber in den gleichen vier Jahren haben die Exporte Österreichs an seine EFTA-Partner um etwa 90 Prozent zugenommen, das heißt, sie haben sich nahezu verdoppelt.

Lassen Sie mich Ihnen einige einfache Beispiele zitieren. Zwischen 1962 und 1963 ist der österreichische Schuhexport in bemerkenswerter Weise um 42 Prozent angestiegen. Von diesem Gesamtexport von Schuhen wuchs aber der Anteil der EFTA-Länder um 126 Prozent. Die EFTA-Länder nahmen 1963 nicht weniger als 31 Prozent des gesamten österreichischen Schuhexportes ab, die EWG aber nur zwölf Prozent.

In der Textilindustrie, welche einen der führenden Industrie-sektoren Österreichs darstellt, erreichte der Export von Baumwollstoffen 1963 nahezu 330 Millionen Schilling. Davon gingen Waren im

Werte von 130 Millionen Schilling oder 40 Prozent in die EFTA-Länder. Denselben Anteil von 40 Prozent nahmen EFTA-Länder an Baumwollgarnen ab. Ähnlich hohe Proportionen für die EFTA-Länder zeigen die verschiedenen Kategorien optischer Artikel und Präzisionsinstrumente, deren Export 280 Millionen Schilling einbrachte.

Eine andere Tatsache, die für Österreichs heutigen Wohlstand von Bedeutung ist, liegt in der Entwicklung des Handels mit Osteuropa. Auf diesem Sektor handelt es sich hauptsächlich um den Export von Transportmitteln und elektrischem Material. Zwischen 1953 und 1963 wuchsen die Exporte nach Osteuropa von elf Prozent auf 15 Prozent der Gesamtexporte an, und wenn man sich die außergewöhnliche Wertzunahme des Gesamtexportes Jahr für Jahr, vergegenwärtigt, wird es klar, wie bedeutsam dieser Handel für die österreichische Wirtschaft ist. Allen diesen Strukturveränderungen des österreichischen Exporthandels, die in keinem geringen Maße der Existenz der EFTA und der Mitgliedschaft Österreichs bei dieser Organisation von Anfang an zuzuschreiben ist, kommt allergrößte Bedeutung zu.

Es ist für jede Industrie ein höchst bedeutsamer Vorteil und ein Faktor von Stabilität, wenn sie möglichst verschiedenartige Waren produziert. Das gilt für die Exporte im allgemeinen, wie auch für ihre Exportmärkte. Das englische Sprichwort: "Nicht alle Eier in einem Korb" ist deshalb nicht weniger richtig, weil es alt ist. Die Verschiedenartigkeit der Erzeugnisse ist nicht nur für die Ausrichtung einer Wirtschaft von Vorteil, sondern auch für den Politiker. Wenn es richtig ist, daß Regieren so viel wie Wählen bedeutet, so ist es von unendlichem Wert, wenn es zahlreiche Möglichkeiten gibt, zwischen denen man wählen kann.

Ist es möglich aus dieser Menge von Material irgendwelche Schlußfolgerungen zu ziehen? Die erste ist klar: es gibt kein Land in Europa, das mehr an der zufriedenstellenden Entwicklung des internationalen Handels interessiert wäre, als Österreich, kein Land, das mehr an der Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsniveaus bei allen seinen Handelspartnern interessiert wäre. Aber auch ein zweiter Punkt ist klar: kein Land legt der Lösung dessen, was wir ganz allgemein das "europäische Problem" nennen, größere Bedeutung bei, und kein Land hat mehr von einem einzigen europäischen Markt zu gewinnen. Wie es bei den meisten Mitgliedern, sowohl der EFTA und des Gemeinsamen Marktes der Fall ist, können Öster-

reichs Handelsinteressen mit einer unvollkommenen Lösung nicht völlig befriedigt werden. Aber was auch immer das Ergebnis der Diskussionen sein mag, die jetzt in Brüssel zwischen Österreich und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vor sich gehen, wir alle wissen, daß jetzt keine Lösung des europäischen Problems in Sicht ist. Der europäische Markt wird für uns alle noch auf Jahre hin geteilt sein. Das heißt, daß alle europäischen Länder und nicht zuletzt auch Österreich bedeutendes Interesse am Ausgang der Kennedy-Runde haben, sowie an den Hoffnungen auf substantielle Zollsenkungen, die sich daran knüpfen.

Es ist, wie ich denke, ein Anlaß, zu dem wir uns alle beglückwünschen müssen, daß der österreichische Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, Dr. Fritz Bock, nicht nur auf die Bedeutung der Gewährung von Zollsenkungen hingewiesen hat, sondern auch auf die Wichtigkeit, daß sie so rasch als möglich, zumindest von den europäischen Mitgliedern des GATT durchgeführt wird.

Doch gibt es noch eine dritte Schlußfolgerung: keines der ursprünglichen Mitglieder des GATT hat von den Möglichkeiten dieser Organisation mehr Gebrauch gemacht als Österreich, und niemand hat davon mehr Nutzen gezogen.

Die EFTA hat in ihrer kurzen Existenz von kaum vier Jahren den Beweis für zahlreiche Dinge erbracht. Zuerst haben wir gezeigt, wie wichtig die Beseitigung der Schutzmaßnahmen für das Wohlergehen ihrer Mitglieder ist. Zweitens haben wir gezeigt, daß es möglich ist, einen integrierten Markt, innerhalb dessen alle Schutzmaßnahmen beseitigt sind, durch die Technik einer Freihandelszone zu erreichen.

Aber vielleicht das Wichtigste, das wir bewiesen haben, ist die Tatsache, daß Integration mit einem Minimum an Bürokratie und einem Minimum an institutionellen Abkommen auskommen kann. Gegen Ende 1966 werden wir innerhalb der Freihandelszone einen reichen Markt von nahezu 100 Millionen Menschen geschaffen haben, mit einem Grad wirtschaftlicher Integration, der sich mit dem jeder anderen Wirtschaftsgruppe der Welt vergleichen lassen wird. Und das werden wir durch institutionelle Abkommen erreicht haben, in welchen Länder mit so verschiedenem politischen Gewicht wie Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Schweden und die Schweiz, sowie Österreich und Portugal Vollmitglieder sein können und an der Beschlußfassung teilnehmen. Ich bin der festen Überzeugung, daß unserer Erfahrung und unseren Leistungen für die künftige Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen in der Welt dauernde Bedeutung zukommt.

Europa-Gespräch 1964, Nachtrag von Donnerstag:

"Die Politik Frankreichs in Bezug auf Europa"

=====

Referat von Christian Pineau

19. Juni (RK) Als Nachtrag bringen wir im folgenden das Referat, das der ehemalige französische Minister Christian Pineau gestern nachmittag im Rahmen des Europa-Gesprächs zum Thema "Die Politik Frankreichs in Bezug auf Europa" gehalten hat.

Chr. Pineau ist der Meinung, daß man zwei Perioden in der Außenpolitik Frankreichs unterscheiden kann, jene, welche dem Monat Mai 1958 vorangeht und jene, welche nachfolgt.

Die erste Periode war nicht ohne Zwischenfälle. So etwa nach dem Erfolg der Europäischen Gemeinschaft von Kohle und Stahl der Mißerfolg der Europäischen Gemeinschaft der Verteidigung vor dem französischen Parlament: Dieser bedeutete eine Katastrophe, deren Folgen man noch nicht abschätzen konnte.

Aber die Förderer Europas sind der Strömung entgegengegangen und haben im Mai 1958 in Venedig das Prinzip des Gemeinsamen Marktes durch sechs Länder adoptiert.

Nachher kamen die technischen Etappen, in deren Verlauf sich allerhand Probleme einstellten, darunter: die gemeinsame landwirtschaftliche Politik, die Vereinigung der überseeischen Gebiete und die Haltung im Hinblick auf die Drittländer.

Nach der Unterfertigung des Vertrages von Rom zeigt Frankreich seinen Wunsch, daß eines Tages England dem Gemeinsamen Markt beitreten möge, ohne jedoch die Schwierigkeiten zu unterschätzen, die dieser Beitritt bedeutet. Aber die grundlegende Idee war, denselben zu erhalten, indem man durch die Erfahrung den Vorteil des Gemeinsamen Marktes zeigte.

Im Verlauf der Unterredungen, die der Unterfertigung des Vertrages folgten, machte sich eine sehr deutliche Annäherung zwischen den Gesichtspunkten Englands von Selwyn Lloyd und Maudling und dem Standpunkt Frankreichs von Pineau und Maurice Faure geltend.

Im Mai 1958 hatte die Regierung von MacMillan ihren Feldzug für den Eintritt Großbritanniens in Europa begonnen.

Die zweite Periode ist unzweifelhaft eine Periode des Rück-

zuges.

Zahlreiche ausländische Freunde stellten ~~Christian~~ Pineau oft die Frage: Was denken Sie von der Außenpolitik von General de Gaulle? Er antwortete auf diese Frage sofort mit einer anderen Frage: Welche? Denn diese Politik hat sich seit der Rückkehr im Juni 1958 mehrfach geändert, und zwar tiefreichend.

Die erste Phase: Beherrscht von dem Gedanken eines Dreierdirektoriums, USA, Großbritannien und Frankreich.

General de Gaulle scheint besonders geleitet worden zu sein von dem Gedanken an die Periode von Jalta zu Ende des zweiten Weltkrieges. Der Oberste Rat der Alliierten vereinigte damals Roosevelt, Stalin und Churchill unter Ausschluß eines Vertreters von Frankreich. Der Vorschlag eines Dreierdirektoriums im September 1958 resultierte gleichzeitig aus einer politischen Idee und aus einem Wunsch nach persönlicher Revanche.

Der Vorschlag fiel durch. Weder die Chefs der Regierungen der USA und Großbritanniens, Eisenhower und Mac Millan, wünschten de Gaulle zum Partner. Andererseits gaben unsere Alliierten der Atlantikorganisation oder des Gemeinsamen Marktes nicht zu, daß drei Nationen eine Macht der Leitung über die westliche Welt hätten.

Aus diesem Mißerfolg scheint sich für de Gaulle sehr viel Bitterkeit ergeben zu haben.

In der zweiten Phase wandte sich de Gaulle, zurückgewiesen von den Angelsachsen, nach Europa. In den Unterhandlungen zwecks Konstituierung eines politischen Europa der Sechs hielt er die These eines föderativen Europa aufrecht, wo ein jeder unabhängig bleiben sollte und hoffte, daß, da der Chef des Sekretariats ein Franzose wäre, die Föderation von Frankreich bestimmt werden würde. Kanzler Adenauer lehnte sich diesem Projekt an. Von den anderen lehnten ab: Luns (Niederlande), Spaak (Belgien), Segni (Italien). Ihre Meinung war, daß eine solche Organisation mit politischen Absichten in vollkommenem Gegensatz mit den Institutionen der Montanunion und der CEE, die einen Teil Supranationalität zuließen. In ihren Augen müßten die gemeinsamen politischen Institutionen von den gleichen Prinzipien gelenkt werden.

Kein Sekretär wurde ernannt; es gab keine Versammlungen der Regierungschefs. Zweiter Mißerfolg!

In der dritten Phase hält sich de Gaulle an die Idee eines Direktoriums zu zweit. Franko-Deutsch, im Innern der CEE.

Hat Kanzler Adenauer vorbehaltlos angenommen? Schwer zu sagen. Jedenfalls wurde ein deutsch-französisches Cooperationsabkommen beschlossen und ratifiziert. (Im Jahre 1963.) Aber es beinhaltet keine wirkungsvolle Klausel.

Wenn Adenauer es glaubte, was ich bezweifle, dann glaubt es sein Nachfolger Erhard sicherlich nicht. Erhard ist ein liberaler Parteigänger der Zusammenarbeit mit Großbritannien, welche de Gaulle aus Europa im Jänner 1963 ausschloß. Erhard wünscht auf keinen Fall ein geschlossenes deutsch-französisches Bündnis, das sich den Vereinigten Staaten entgegensetzt. Das deutsch-französische Abkommen hat also keine politischen Nachwirkungen mit sich gezogen: praktisch ist es ein Mißerfolg.

Bestehen Verbindungen zwischen diesen drei Phasen der gaullistischen Politik? Mit anderen Worten, gibt es Konstanten in der Politik von General de Gaulle?

Der Redner erblickt deren zwei: Einerseits handelt es sich um ein altes Mitglied der "action française", andererseits handelt es sich um einen General, für den die Größe eines Landes fast ausschließlich von der Unabhängigkeit seiner Armee abhängt. Daher der Vorrang der Begründung einer nationalen Schlagkraft, dessen Folgen auf die französische Wirtschaft verheerend sein könnten.

Im Augenblick befinden wir uns vor einem Abgrund, da die "Macht" in Frankreich sich keinesfalls eine Anschließung ihrer europäischen Partner erhoffen kann.

Gegenüber einer derartigen Politik ist es schwer, eine konstruktive französische Politik zu definieren.

Für die Organisation dieser Politik beteuerten wir stets die Notwendigkeit von supranationalen Institutionen. Dieselben können jedoch nicht nur aus Technikern (Fachleuten) bestehen; sie müssen von einem Europäischen Parlament kontrolliert werden.

Von seiten Englands hatten die Sozialisten eine Angliederung vorgesehen, der sich aber de Gaulle widersetzte.

Die Demokratisierung der Institutionen der europäischen Gemeinschaft ist eine der dringlichsten Aufgaben; am Tage ihrer Vollziehung wird Großbritannien unter irgendeiner Form daran teilnehmen müssen.

Was die Vereinigten Staaten betrifft, hat Gaston Defferre in seinen letzten Ansprachen den sozialistischen Standpunkt klar-

gelegt. Der Marshall-Plan, dessen Stifter einzig und allein die Vereinigten Staaten waren, beinhaltete eine gewisse Untertänigkeit Europas.

Der Atlantikpakt soll eine solche Untertänigkeit nicht beinhalten. Die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten über eine enorme atomare Kraft verfügen, ist jedoch ein wichtiger Bestandteil. Großbritannien hat es sehr wohl verstanden und es ist für Frankreich vollkommen unmöglich, auf dem atomaren Gebiet mit den Vereinigten Staaten zu rivalisieren.

Rußland allein kann sich dies erlauben. Das Gleichgewicht der atomaren Kraft Amerikas und Rußlands ist einer der wichtigsten Gesichtspunkte der gegenwärtigen Lage.

Wer kann, auf der westlichen Seite, die Macht erhalten, einen Atomkrieg auszulösen? Ein Zusammentreffen zwischen den Regierungschefs, die darüber entscheiden könnten, läßt sich schwer zustande bringen. Diese Entscheidung muß daher bei einem einzigen Mann liegen, bei dem, der über das entscheidende Mittel verfügt. Dafür kann man schon im vorhinein über die Grenzen einer solchen Entscheidung entscheiden. Der Präsident der Vereinigten Staaten, um Europa einzubeziehen, müßte sich daran halten.

Es gibt keine grundlegenden Schwierigkeiten, um ein Abkommen in diesem Sinne zu finden.

Man kann also, nach den Worten Pineaus, ein Europa gründen, das sich auf das Europa der Sechs stützen würde und das den folgenden Prinzipien gehorchen würde:

Eine immer mehr geförderte ökonomische Integration.

Herstellung einer politischen Kontrolle, die auf einer gemeinsamen Politik beruhen würde.

Öffnung des Marktes für dritte Staaten, nachdem sie sich den gemeinsamen Außenhandelsstarifen angeschlossen haben.

Diesbezüglich möchte der Redner auf Österreich hinweisen, nachdem er den Unterschied zwischen einer Freihandelszone und eines gemeinsamen Marktes unterstrichen hat, und nimmt an, daß gewisse Klauseln es Österreich ermöglichen würden, seine Verträge mit dem Osten einzuhalten und gleichzeitig die verschiedenen Begünstigungen des Gemeinsamen Marktes zu genießen.

Etappenweise Assoziierung, nach ausführlichen Diskussionen, Großbritanniens.

Politik der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten auf einer gleichen Ebene zwischen allen Staaten, die auf gegenseitiges Vertrauen beruhen soll.

Dieses Bild wäre unvollständig, wenn man nicht die Notwendigkeit einer Annäherung zwischen Osten und Westen unterstreichen würde.

Es stellt sich daher die Frage: Kann man der Aufrichtigkeit der Friedenswünsche Rußlands Glauben schenken?

Christian Pineau glaubt, eine gewisse Anzahl dieser Fragen positiv beantworten zu können.

Der erste Grund wäre der Wunsch des russischen Volkes, seinen Lebensstandard zu erhöhen, was als natürliche Folge hat, eine wichtige Verminderung der Schwerindustrie.

Ein anderer Grund wäre, die ideologischen Konflikte der letzten Jahre und die Meinungsverschiedenheiten, die dadurch mit China entstanden sind.

Die sowjetische Doktrine hat sich in drei Punkten geändert:

Die Abschaffung des Personenkults, die es ermöglicht hat, Standpunkte zu vertreten, was zu Zeiten Stalins schwer möglich gewesen ist.

Die friedliche Koexistenz bringt es mit sich, daß Rußland auf einen nuklearen Krieg verzichtet. Dieser Verzicht aber betrifft nicht den ideologischen Konflikt zwischen den zwei Welten. Rußland wird weiterhin auf ökonomischem und kulturellem Gebiet die Flinte nicht ins Korn werfen.

Das Ende der proletarischen Diktatur, die von einem Redner angekündigt wurde, ist von großer Wichtigkeit, denn dies bedeutet die Einstellung der Klassenkriege.

Man kann daraus die Möglichkeit einer Annäherung zwischen Ost und West schließen, besonders bezüglich der Abrüstung.

Man darf sich aber keinen Illusionen hingeben betreffend der Lösung von schwierigen Fragen sowie das "Deutschland-Problem".

Es handelt sich für Nikita Chruschtschow auf jeden Fall darum, die Aufrüstung Deutschlands zu verhindern. Es wäre, so wie er behauptete, der einzige Grund für Rußland militärisch einzugreifen.

Nach den Gesprächen, die wir mit Moskau geführt haben, könnte die Vereinigung Deutschlands nur erzielt werden, wenn sie für Rußland die folgenden drei Garantien berücksichtigen würde:

Einhaltung der Oder-Neisse-Grenze.

./.

Verzicht auf jegliche Atomvorhaben militärischen Charakters, Gründung einer Konföderation zwischen Ost- und Westdeutschland, in der die zwei Staaten ihr eigenes politisches Regime beibehalten würden.

Es ist sicher, daß wir vor einer Lösung stehen.

Auf europäischer Ebene ist die Haltung Rußlands, was Deutschland betrifft, mit den Gefahren einer europäischen Schlagkraft eng verbunden.

Bevor die europäische Politik Christian Pineaus zur Wirklichkeit wird müssen wir eine Übergangszeit mitmachen.

Wenn der Redner mit Jean Bonnet bezüglich der Objektivität übereinstimmt, so ist er mit der aktuellen Taktik nicht einverstanden.

Es wird kein Übereinkommen mit dem Gaullismus zustande kommen. Dieser hat den Gemeinsamen Markt unterstützt, weil die öffentliche Meinung Frankreichs es nicht anders konnte. Aber er wird keine politische Macht annehmen, die eine verminderte Herrschaft seitens der Mitgliedstaaten mit sich bringen würde.

Wir müssen uns also damit begnügen, den Gemeinsamen Markt auszubreiten, indem wir davon überzeugt sind, daß eines Tages General de Gaulle nicht mehr in Frankreich an der Macht sein wird und es daher niemanden mehr geben wird, der den Aufbau Europas verhindern kann.

Alle unsere Hoffnungen beruhen daher in der Zukunft.

- - -